

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der  
16. Sitzung

der  
XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 18. Feber und Freitag, 19. Feber 2021

09.01 Uhr - 13.59 Uhr

## Inhalt

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die unverzügliche Aufnahme von Parteienverhandlungen zur Änderung des Bgld. Raumplanungsgesetzes 2019 (Zahl 22 - 396) (Beilage 541)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 1653)

Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 1658), Johann Tschürtz (S. 1661), Robert Hergovich (S. 1663), MMag. Alexander Petschnig (S. 1665), Mag. Thomas Steiner (S. 1670), Landesrat Mag. Heinrich Dornner (S. 1671), Markus Ulram (S. 1673)

## **Beginn der Sitzung: 09 Uhr 01 Minuten**

**†Zweiter Präsident Georg Rosner**]: Einen schönen guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Natürlich auch einen schönen guten Morgen an die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung. Für die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 18. Februar 2021.

Ich eröffne die 16. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Sitzung wurde von Frau Landtagspräsidentin Verena Dunst aufgrund eines der Landtagsabgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, Patrik Fazekas, BA, Gerald Handig, Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif, Johannes Mezgolits, Georg Rosner, Mag. Thomas Steiner, Walter Temmel, Markus Ulram, DI Julia Wagentristl, BSc und Mag. Christoph Wolf, M.A. gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 15. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil sowie die Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter, Verena Dunst, Mag. Dr. Roland Fürst, Erwin Preiner, Doris Prohaska, Ewald Schneckner, Wolfgang Sodl, Elisabeth Trummer, Ilse Benkö, Géza Molnár, Patrik Fazekas, BA, Melanie Eckhardt, MSc, Mag. Christoph Wolf, M.A., DI Julia Wagentristl, BSc, Walter Temmel und Mag.a Regina Petrik entschuldigt.

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen COVID-Situation die heutige Sitzung öffentlich nur via Livestream verfolgt werden kann und darf alle, die uns heute auf diesem Wege begleiten, herzlich begrüßen.

Auch wurden den anwesenden Abgeordneten aus aktuellem Anlass und zur Wahrung des Sicherheitsabstandes weiter auseinanderliegende Sitzplätze zugewiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die stark steigenden Fallzahlen sowie die neue Virusvariante (B.1.1.7) von COVID erfordern auch weiterhin verschärfte Maßnahmen, um einer Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken. Wir alle verfolgen das Ziel, der Ausbreitung von COVID und der neuen Virusmutation entgegenzusteuern.

Beim Burgenländischen Landtag handelt es sich um eine Einrichtung mit strategischer Bedeutung, die als kritische Infrastruktur der Republik Österreich eingestuft ist. Als solche ist es insbesondere unsere Aufgabe, die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Landtages zu gewährleisten. Um Sie vor einer möglichen Ansteckung weitgehendst zu schützen, bitte ich Sie als Vorsitzender des Burgenländischen Landtages den Sicherheitsabstand von mindestens zwei Metern in allen Bereichen des Landtages einzuhalten und auf dem Weg zu Ihren zugewiesenen Plätzen eine Atemschutzmaske der Schutzklasse FFP2 ohne Ausatemventil oder eine Maske mit äquivalentem beziehungsweise höherem Schutzniveau zu tragen.

An dieser Stelle darf ich die Damen und Herren des Hauptreferates Zentrale Dienste zur heutigen Landtagssitzung begrüßen, die wieder die Desinfektion des Rednerpultes wahrnehmen werden.

Die Bekanntgabe des Einlaufes sowie Zuweisung wurde Ihnen gemäß § 56 Abs. 3a GeOLT mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Ich darf hinweisen, dass ein Dringlichkeitsantrag für die heutige Sitzung eingelangt ist. Und zwar ist das der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die unverzügliche Aufnahme von Parteienverhandlungen zur Änderung des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes 2019, der gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt werden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gemäß § 12 Abs. 7 unterbreche ich bis morgen, Freitag, 19.02.2021, 09.00 Uhr, die heutige Sitzung.

Die Sitzung ist unterbrochen.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident.

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Bitte Herr, die Sitzung ist unterbrochen, es gibt mehr nichts zu der Geschäftsordnung. Die Sitzung ist unterbrochen.

*(Abg. Robert Hergovich: Nein, die kann nicht unterbrochen sein, ich muss mich zur Geschäftsordnung melden können. - Abg. Markus Ulram: Die Sitzung ist unterbrochen, da gibt's keine Geschäftsordnungsmeldung.)*

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was wir heute hier erleben, ist ein Spiegelbild der Burgenländischen ÖVP.

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Herr Landtagsabgeordneter, die Geschäftsordnung sagt, dass der Herr Präsident die Sitzung auf 48 Stunden unterbrechen kann. Ich habe soeben die Sitzung auf morgen, 09.00 Uhr, unterbrochen. Das ist ...

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Ja, Herr Präsident, aber ich habe mich zuvor zur Geschäftsordnung gemeldet, und Sie wollen ernsthaft einem Abgeordneten zur Geschäftsordnung das Wort nicht geben.

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Morgen.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Das ist etwas, was es so noch nicht gegeben hat in der Zweiten Republik. Ist das wirklich Ihr Ernst? *(Abg. Johann Tschürtz: Ist das jetzt bis morgen unterbrochen oder bis heute? Wieso morgen neun Uhr? Das geht ja nicht.)*

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Ich würde bitten, nein, ich würde bitten, dass Sie das im Video anschauen. Denn sobald ich unterbrochen habe, gibt es keine Wortmeldung mehr zur Geschäftsordnung.

Es geht morgen, um 09.00 Uhr, geht die Sitzung weiter, und dann kann man sich zur Geschäftsordnung zu Wort melden. Es ist ... *(Abg. Johann Tschürtz: Morgen ist keine Landtagssitzung, Herr Präsident. Es ist in der Präsidiale festgelegt worden, dass morgen keine Landtagssitzung ist. Die ist heute um 12 Uhr.)*

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Bitte. Ich habe die Sitzung unterbrochen auf morgen 09.00 Uhr. Das ist - laut § 12 Abs. 7 ist das die Möglichkeit und, Herr Abgeordneter, Sie haben sich zu Wort gemeldet, nachdem ich die Sitzung unterbrochen habe.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Das habe ich nicht, Herr Präsident, ich habe mich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet, bevor Sie die Sitzung beendet haben. Ich frage Sie nochmal, ob Sie wirklich einem Abgeordneten hier das Wort nicht erteilen?

**†Zweiter Präsident Georg Rosner|:** Können wir das schauen? †Nein, folgender Vorschlag. Ich unterbreche die Sitzung, wir schauen uns das am Video an. Wenn das natürlich vor meiner Unterbrechung war, wirst Du natürlich, Herr Abgeordneter, zu Wort kommen und zur Geschäftsordnung was sagen können.

Aber wenn das nachher war, kann ich natürlich nicht zur Geschäftsordnung was sagen, wenn die Sitzung unterbrochen war.

†Selbstverständlich. Wir schauen uns das an, ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

*(Die Sitzung wird am 18. Februar 2021, um 09 Uhr 09 Minuten unterbrochen und am 19. Februar 2021, um 09 Uhr 04 Minuten fortgesetzt.)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Schönen Guten Morgen meine Damen und Herren! Ich darf die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und die Regierungsmitglieder herzlich begrüßen. Aber natürlich auch besonders den Landtag. Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich begrüße Sie.

Ich darf seitens des Burgenländischen Landtages die 16. Landtagssitzung, die gestern unterbrochen worden ist, wieder aufnehmen. Ich freue mich, wenn Menschen uns via Livestream verfolgen und freue mich, wenn Sie am Parlamentarismus Interesse zeigen. Ich bedanke mich auch beim Referat Interne Dienstleistungen, die so kurzfristig uns heute wieder begleiten werden, um die Rednerpulte zu desinfizieren.

Heute wird ein Dringlichkeitsantrag behandelt. Sie wissen, dass die Debatte dazu frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, jedoch spätestens um 15.00 Uhr eröffnet wird.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, sowie die Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter, Elisabeth Trummer, Wolfgang Sodl, Doris Prohaska, Ewald Schneckner, Mag. Christian Dax, Erwin Preiner und Ing. Thomas Schmid sowie Ilse Benkö, Géza Molnár, Melanie Eckhardt, MSc, Gerald Handig, DI Julia Wagentristl, BSc, Walter Temmel, Mag. Christoph Wolf sowie Mag.a Regina Petrik entschuldigt.

Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben und ich darf in die Sitzung einsteigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe hiermit in die Tagesordnung ein. Es ist 09 Uhr und 06 Minuten.

Der Dringlichkeitsantrag liegt vor, keine weitere Tagesordnung. Dazu sehe ich bereits eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vom Herrn Abgeordneten Klubobmann Hergovich. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Vielen Dank Frau Präsidentin für die Gelegenheit, dass ich mich zur Geschäftsordnung melden kann. Was gestern der Burgenländische Landtag mitmachen musste, gleicht einem Tiefpunkt in der Geschichte unseres Heimatlandes, in der Geschichte der burgenländischen Demokratie und des Landtags.

Der Landtag ist zusammengekommen, er war arbeitsfähig und er war arbeitsbereit und arbeitswillig. Ich möchte vorwegschicken, ob jemand eine Sitzung unterbricht ist verfassungsrechtlich und geschäftsordnungsgemäß völlig in Ordnung. Politisch möglicherweise skurril, dass man den eigenen Antrag nicht diskutieren will, aber verfassungsrechtlich in Ordnung. Was ist geschehen?

Der Sachverhalt: Präsident Rosner ist in die Sitzung eingestiegen und ich habe mich während seiner Wortmeldung zu Wort gemeldet. Er hat mir dann mit dem Wort "gleich" signalisiert, dass ich gleich zu Wort kommen werde. Nachdem er seine Wortmeldung beendet hat, hat er mich nicht einmal, sondern zweimal mit dem Wort "bitte" an das Rednerpult gebeten.

Ich bin dann an das Rednerpult gegangen und habe mit meinem Statement begonnen. Daraufhin gab es heftiges und lautstarkes Intervenieren von ÖVP-Abgeordneten. Namentlich vom Abgeordneten Steiner, namentlich vom Klubobmann Ulram, der wortwörtlich sagte: "Georg, wie besprochen!" Was dann passiert ist, das ist unglaublich.

Aufgrund dieser parteipolitischen Interventionen wurde mir vom ÖVP-Präsidenten Rosner das Wort entzogen. Einem freien Mandatar wurde hier aufgrund parteipolitischer Intervention von ÖVP-Kollegen das Wort entzogen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann gab es Proteste von uns, auch von der FPÖ.

Kollege Rosner hat dann gesagt: "Na wenn das so war, dass Sie sich wirklich und tatsächlich vorher schon zu Wort gemeldet haben, dann werden Sie auch zur Geschäftsordnung reden können". Und er sagte im Anschluss: "Wir werden uns das im Video ansehen, ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten."

Alles was ich sage, können Sie dem Video auf der Homepage entnehmen. Dort ist wortwörtlich alles so wiedergegeben, wie ich es hier formuliert habe. Kollege Rosner ist aber nach zehn Minuten nicht wieder in den Landtagssaal zurückgekehrt. Warum auch immer. Ich denke, der Druck der eigenen Parteikollegen war sehr, sehr groß. Obwohl er angekündigt hat, dass in zehn Minuten darauffolgend die Sitzung wieder aufgenommen wird, hat er das nicht getan.

Er hat damit seinen überparteilichen Vorsitz parteipolitisch missbraucht und das ist in einer westlichen Demokratie nicht möglich, sondern abzulehnen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass was hier gestern geschehen ist, ist demokratiepolitisch hoch bedenklich. Einem freien Mandatar seiner Rede zu entziehen, die Worte zu entziehen! Dieses Bild, das gestern der Landtag gemalt hat, das ist abzulehnen. Ich schäme mich, ich schäme mich zutiefst für dieses Verhalten der ÖVP! Ich entschuldige mich bei allen Burgenländerinnen und Burgenländern.

Der Landtag ist nicht so. Das war ausschließlich ein Verhalten der ÖVP. Der Landtag tickt anders und ich hoffe, dass die ÖVP sich besinnt und wieder ordentlich zu arbeiten beginnt. *(Beifall bei der SPÖ)* Denn das, was hier passiert ist, das lässt mich persönlich nicht kalt. Und ich verspreche Ihnen eines, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich werde bis zum letzten Atemzug die Demokratie und die Freiheit verteidigen.

Und ich werde genauso bis zum letzten Atemzug demokratiefeindliche Tendenzen oder das Wiederbeleben des Austrofaschismus mit allen demokratischen Möglichkeiten bekämpfen. Das bin ich meinen Kindern, das bin ich meinen Enkelkindern schuldig. Und das werde ich bis zum letzten Atemzug auch machen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke für die Wortmeldung. Eine weitere Wortmeldung kommt vom Herrn Klubobmann Ulram. Bitte ans Rednerpult.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Sehr geschätzte Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich festhalten aus der Wortmeldung des Kollegen Hergovich, dass gestern der Zweite Landtagspräsident verfassungsrechtlich in Ordnung gehandelt hat, dass er die Einhaltung der

Geschäftsordnung gewahrt hat und dass er den Fehler der SPÖ hiermit auch korrigiert hat.

Warum? Denn es ist klar. Im § 17, § 41, § 44 klar geregelt. Nachdem er nach § 12 die Sitzung unterbrochen hat, dass einem jeden Mandatar des Hohen Hauses die Möglichkeit gegeben werden muss, und er sogar verpflichtet ist dazu, an den Ausschusssitzungen und an den Landtagssitzungen teilzunehmen. Und das war mit der Einladungspolitik der SPÖ einfach nicht gegeben und nicht gewahrt in der Geschäftsordnung.

Weil ich kann nicht einerseits zum Untersuchungsausschuss einladen und andererseits am selben Tag zu einer Sonderlandtagssitzung. Ein weiterer Punkt dazu ist, wenn ich dann höre, "ja wir sind ja nur mit der halben Besetzung", wo ein Gentlemen's Agreement getroffen worden ist und dann kann man sich ja aufteilen. So ist das nicht rechtskonform. Übrigens sind wir im Burgenland der einzige Landtag, der einzige Landtag, der nicht vollzählig tagt! In allen anderen Bundesländern, mit allen Schutzmaßnahmen, mit den Testungen und so weiter, wird das gemacht. Sogar im Nationalrat, im Bundesrat.

Aber zu den Anschuldigungen, zu der Wortmeldung des Kollegen Hergovich, gerade und auch gestern, macht mich das sehr bestürzt. Dass man ein rechtskonformes Verhalten, ein rechtskonformes Handeln eines Zweiten Landtagspräsidenten vergleicht mit dem Austrofaschismus!

Ein rechtskonformes Handeln und Einhaltung der Geschäftsordnung vergleicht mit einem Diktator, mit einem Diktator Kim Jong-un, das ist einfach letztklassig. Das ist diesem Hause nicht würdig und eine Rücktrittsaufforderung noch daran zu hängen, das will ich gar nicht mehr kommentieren diese Vorgangsweise!

Denn denken wir einige Zeit zurück, der eigene SPÖ-Abgeordnete Dr. Peter Rezar hat hier am Rednerpult gesagt: "Die Vorgangsweise des Landeshauptmannes Nießl mit der SPÖ ist wie in Nordkorea beim Diktator". Das hat er hier am Rednerpult im Hohen Landtag gesagt. Schließen Sie nicht von sich selbst auf andere, wenn man im Alleingang, im Alleingang, ein Gesetz beschließt mit 30 Einwendungen, mit 30 Stellungnahmen und alle anderen Meinungen ignoriert. Dann wird man mit einem Einspruch de facto aufgefordert, sich das Gesetz noch einmal anzusehen.

Um 08.30 Uhr, eine halbe Stunde vor dem Sonderlandtag, eine Pressekonferenz des zuständigen Landesrates gibt, die Öffentlichkeit informiert, keinen einzigen Mandatar hier die Möglichkeit gibt, dieses Gesetz, dieses neue Gesetz oder neu eingebrachte Gesetz, sich anzusehen, wo wir darauf eigentlich diskutieren sollten und das kurzer Hand, kurz vor 09.00 Uhr, kurz vor Eingang in die Tagesordnung der Sondersitzung, die von uns beantragt worden ist, nicht nur die Möglichkeit gibt, sondern mit der gleichen Vorgehensweise keine Sachlichkeiten an den Tag legt, keine Gesprächsmotivation mehr an den Tag legt, sondern nur mehr in der Eigenverantwortung, in der SPÖ Alleinregierung, entscheiden möchte.

Wenn diese Vorgangsweise die richtige ist für Sie, dann ist es für Sie die richtige. Aber wir lehnen diese Vorgangsweise ab! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich fordere Sie auf als SPÖ, aber insbesondere, Herr Kollege Hergovich, Sie, entschuldigen Sie sich hier im Hohen Haus für Ihre gestrige Wortmeldung. Entschuldigen Sie sich insbesondere beim Zweiten Landtagpräsidenten Georg Rosner für diesen Vergleich, den Sie gestern gezogen haben!

Entschuldigen Sie sich für Ihre Vorgangsweise, denn einzig und allein der Zweite Landtagspräsident Georg Rosner hat richtig gehandelt, hat nach der Geschäftsordnung

gehandelt, verfassungsmäßig richtig gehandelt und hat hier die Würde des Hohen Hauses gewahrt! *(Beifall bei der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst**: Als Nächsten darf ich den Herrn Klubobmann Tschürtz ans Rednerpult bitten. Er hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ)**: Ja, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Also verwunderlich ist die ganze Geschichte schon, muss ich schon sagen. Zum einen ist es natürlich nicht sehr zulässig und auch nicht sehr angebracht, eine Sitzung einzuberufen ohne die Präsidiäle vorher dazu zu befragen. Das habe ich auch in der Präsidiäle beanstandet. Das ist einfach nicht gut.

Es wurde dann auch darüber gesprochen und die Frau Präsidentin hat gesagt: "Okay. Das war vielleicht nicht in Ordnung. So etwas muss man vorher klären oder anders machen". Und wenn ich mir die Geschichte jetzt so anschau mit der Entziehung des Wortes, dann kann man sagen von der Verena Dunst oder von unserer Präsidentin was man möchte. Aber sie hat noch nie jemandem das Wort entzogen. Sie hat immer durch die Runde geschaut, "Gibt's noch irgendeine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Okay, dann schließe ich die Sitzung".

Aber einfach den Kopf hinunter zu senken und den Sitzungssaal zu verlassen ohne in die Runde zu sehen, wenn wer aufzeigt. Und man hat es ja auch gesehen, dass der Klubobmann Hergovich aufgezeigt hat, das haben ja alle gesehen, und deshalb wurde ja auch mit „Bitte“ an das Rednerpult gebeten.

Aus meiner Sicht geht das einfach nicht. Das ist nicht möglich. Das ist dem Hohen Haus gegenüber wirklich nicht möglich! Man muss natürlich schon eines auch bemerken, dass die Geschichte mit der plötzlichen Einberufung um 09.00 Uhr gleichzeitig mit dem U-Ausschuss natürlich auch nicht in Ordnung ist. Na selbstverständlich ist das auch nicht in Ordnung. Aber das ist natürlich aus meiner Sicht halt politisches Kalkül. Von mir aus soll es Politshow sein.

Ich glaube sogar und bin mir fast sicher, dass das die Burgenländer auch schon erkennen, dass dieser U-Ausschuss, und vor allem der gestrige U-Ausschuss, ein Politschauspiel ist. Das ist ein durchsichtiges Schauspiel. Das kann man ja wirklich erkennen. Dieser U-Ausschuss ist aus meiner Sicht - und das hat man auch gesehen - wirklich nicht mehr tragbar.

Wenn ich mir die Situation anschau was der Klubobmann der ÖVP angesprochen hat mit der halben Mannschaft, na dann muss man aber auch wirklich bemerken und auch erkennen, dass wir definitiv alle miteinander einstimmig gesagt haben, es genügt die halbe Mannschaft bei einer Landtagssitzung, weil natürlich die ÖVP und die GRÜNEN mit ihren Maßnahmen, mit ihren Bundesregierungsmaßnahmen im Zuge von Corona darauf aufmerksam machen, dass wir alle aufpassen müssen.

Dann haben wir gesagt, ja, das tun wir. Deshalb ist auch die Sitzung so aus meiner Sicht gerechtfertigt, weil man gesagt hat, wenn eh nur die halbe Mannschaft da ist, kann ja die andere halbe Mannschaft auf jeden Fall den Untersuchungsausschuss machen, weil dieser Untersuchungsausschuss wirklich ein durchsichtiges Schauspiel ist. Und das so aufzuhängen und zu sagen, das ist ein Verfassungsbruch, finde ich wirklich nicht in Ordnung.

Wenn die ÖVP ein bisschen beleidigt ist jetzt, dann erinnere ich Euch, Ihr habt's damals gegen die Ilse Benkö, gegen die Dritte Präsidentin, eine Verfassungsklage eingereicht. Das muss man sich einmal vorstellen! Eine Verfassungsklage! Weil die Ilse Benkö als Dritte Präsidentin, nachdem die Abstimmung ein bisschen ein Tumult war und



man nicht genau erkennen konnte, wie die Abstimmung ist, hat sie noch einmal abstimmen lassen. Und das war der ÖVP eine Verfassungsklage wert!

Und dann stellt sich der Präsident wirklich heute da her und sagt, na ich habe ja gar nichts gemacht. Nein. Wirklich, liebe ÖVP! So wie Ihr im Bund auch seid. Ihr habt regelrecht einem Mandatar das Rederecht entzogen.

Das geht nicht! Obwohl ich natürlich schon auch bemerke, dass natürlich auch nicht alles in Ordnung ist was die SPÖ macht. Das muss man auch beinhart ansprechen. Das war nicht in Ordnung, die Sitzung um 9.00 Uhr einzuberufen. Aber das geht überhaupt nicht. Das geht überhaupt nicht. Und natürlich dieser Dringlichkeitsantrag, der von der ÖVP kommt, ist ja ein Dringlichkeitsantrag, das muss man sich einmal vorstellen!

Der ist ganz dringlich! Den müssen wir sofort behandeln und dann sagt man, na ja der ist nicht so dringlich. Irgendwie vertagen wir halt und lassen es halt, wird schon irgendwie sein. Na was ist das bitte für eine Handlungsweise?

Was ich überhaupt nicht verstehe und ich hätte das durchgezogen als SPÖ. Ich hätte das wirklich durchgezogen. Ich hätte den Dritten Präsidenten gebeten, diese Landtagssitzung wieder aufzunehmen, nachdem der Präsident nach zehn Minuten sowieso nicht gekommen ist und nachdem auch natürlich ein Dringlichkeitsantrag vor 15.00 Uhr zu beschließen ist. Jetzt können wir verfassungsrechtlich prüfen lassen wer Recht hat.

Ich wäre wirklich neugierig, wer da Recht hat. Ich kann nicht einfach sagen, ich vertage eine Sitzung, obwohl ein Dringlichkeitsantrag vor 15.00 Uhr zu beschließen ist oder zu beraten ist. Wie soll das gehen? So, heute machen wir wieder eine Sitzung. Ich habe schon damit gerechnet, dass die Frau Präsidentin sagt, sie unterbricht jetzt auch die Sitzung, tun wir morgen weiter. Morgen unterbricht sie sie wieder, machen wir am Sonntag vielleicht den Dringlichkeitsantrag.

Na was ist das für ein Schauspiel, liebe ÖVP? Was ist das? Ich meine, Ihr macht einen Dringlichkeitsantrag, einen Dringlichkeitsantrag zu dieser Causa, wo Euch die ÖVP in den Rücken gefallen ist, die Bundes ÖVP, jetzt bei den Verhandlungen mit dem Landesrat Dorner, gemeinsam mit den GRÜNEN.

Die sind Euch beinhart in den Rücken gefallen. Und jetzt ist es nicht mehr dringlich. Jetzt ist alles „wurscht“. Jetzt macht Ihr ein Schauspiel daraus. Ich finde das wirklich nicht in Ordnung. Egal ob das ein Klubobmann Hergovich ist oder irgendein anderer Abgeordneter, es ist unmöglich. Also wirklich in der Demokratie unmöglich, jemanden ein Rederecht zu entziehen.

Also das ist ja aus meiner Sicht sowas von durchsichtig und daher bitte ich Euch, liebe ÖVP und auch liebe SPÖ, zukünftig wirklich darauf zu schauen, dass die Menschlichkeit wieder in den Vordergrund kommt und nicht diese Politshow.

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Klubobmann. Ich darf als Nächsten den Herrn Abgeordneten Hergovich bitten. Danach hat sich der Herr Abgeordnete Spitzmüller gemeldet. Jetzt sehe ich noch die Wortmeldung vom Herrn Klubobmann Ulram.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Ja, vielen Dank Frau Präsidentin. Ich wurde ja gerade aufgefordert mich zu entschuldigen. Das möchte ich auch tun. Ich möchte mich bei allen Burgenländerinnen und Burgenländern entschuldigen für dieses plumpe Verhalten der ÖVP und diese parteipolitischen Interventionen, dass sozusagen Mandataren hier das freie Wort entzogen wird. Das ist nämlich wirklich, wirklich

abzulehnen und extrem bedauerlich. Ich möchte trotzdem einige Dinge korrigieren, weil sie da wirklich falsch dargestellt worden sind.

Das freie Mandat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bezieht sich ausschließlich auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Keinem Abgeordneten kann vorgeschrieben werden, wie er abstimmt. Das sieht das freie Mandat vor. Erstens.

Zweitens, der § 17 in der Geschäftsordnung sieht die Pflicht des Abgeordneten vor und ob der Abgeordnete im Landtag arbeitet oder in einem Ausschuss arbeitet, ist irrelevant. Der Argumentation vom Kollegen Ulram zufolge, wäre nämlich etwas passiert. Nämlich die Klubobleute haben sich ausgemacht, dass aufgrund der COVID-Pandemie der Landtag arbeitsfähig bleiben muss.

Und wenn jemand erkrankt im Hohen Haus, darf der Landtag nicht lahmgelegt werden. Daher haben sich alle vier Fraktionen darauf geeinigt, mit halber Mannschaft zu agieren. Gut.

Aber wenn man jetzt dem Kollegen Ulram seiner Argumentation folgt, wären alle, die die letzten Monate zu Hause geblieben sind, rechtswidrig, verfassungswidrig, zu Hause geblieben. Da möchte ich mich auch schützend vor alle Abgeordneten stellen, die das nicht gemacht haben. Die haben völlig korrekt gehandelt. Ich möchte mich auch vor den ÖVP-Abgeordneten jetzt hinstellen. Weil ihr eigener Klubobmann hat ihnen gerade ausgerichtet, sie haben verfassungswidrig, sie haben rechtswidrig gearbeitet, seiner Argumentation zufolge. Das stimmt einfach nicht. Das ist die Unwahrheit.

Die nächste Unwahrheit. Und da war ich auch ein bisschen entsetzt, weil man Journalisten nicht belügen sollte. Anstatt hierher zu kommen, die Sitzung wieder aufzunehmen, so wie angekündigt, er hat ihnen ja gesagt, ich schließe die Sitzung für zehn Minuten, anstatt dass er hierherkommt, der Kollege Rosner, geht er mit dem Kollegen Ulram zu einer Pressekonferenz und sagt den Journalisten Folgendes: Er musste korrigierend eingreifen, weil die Präsidentin rechtswidrig eine Sitzung anberaumt hat. (*Abg. Patrik Fazekas: Ist ja die Wahrheit!*) Falsch.

Zweite Unwahrheit: Es sei ein Gesetz so kurzfristig eingelaufen, da hätte man keine Zeit gehabt es zu beurteilen. Ja, Kollegen der ÖVP! Nicht stellt Euch so naiv. Ihr wisst ganz genau, dass dieses Gesetz eingelaufen ist, dieses Gesetz in die Ausschüsse kommt und erst dann dem Landtag zugewiesen wird und frühestens im März oder im April erst zur Beschlussfassung vorliegt.

Also hört auf die Unwahrheit zu sagen. Sagt die Wahrheit, so wie es wirklich ist. Ihr wolltet eine Politshow hier abziehen, weil Euch der Inhalt nicht gepasst hat, dass sich die Bundesregierung (*Abg. Markus Ulram: Die einzige Politshow ist von Euch!*) mit dem Kollegen Dorner gestern geeinigt hat. Das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der SPÖ*)

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke für die Wortmeldung. Herr Abgeordneter Spitzmüller, bitte.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Ich denke mir, Ihr habt beide Parteien, ÖVP und SPÖ, die Geschäftsordnung ausgenutzt und dem anderen oder den anderen ein Haxl gestellt. Das ist möglich und dabei wollen wir es belassen und ich finde wir sollten wieder zur Tagesordnung und zu den Inhalten übergehen.

Ich hoffe, dass uns heute nicht allzu viele zuschauen, zumindest jetzt, und zuhören. Weil das ist eigentlich peinlich. Was ich aber unmöglich finde ist, dass was der Kollege Tschürtz jetzt gemacht hat, nämlich die Arbeit im Untersuchungsausschuss darzustellen,

als wäre das für Nichts. Entschuldigung! Du hast gerade dem eigenen Kollegen Petschnig seine Arbeit mies gemacht. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Du musst zuhören!)*

Ich meine, der sitzt da drinnen, genau wie alle anderen, wir haben vieles aufgearbeitet und wir sind auf viel draufgekommen in dem Untersuchungsausschuss. Ich finde das eine Unmöglichkeit jetzt zu sagen, *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist eh der Einzige...)* das ist ein Witz, aber bitte, und jetzt zu sagen, der Untersuchungsausschuss, der ist für nichts.

Der hat vieles zu Tage gebracht. *(Abg. Johann Tschürtz: Das war eine Politshow gestern!)* Wir haben viel gearbeitet alle. Zum Teil ist er eine Politshow geworden, aber nicht nur. Es wurde wertvolle Arbeit gemacht und ich glaube, dass wir aus diesem, nicht nur wir, sondern viele, aus diesem Untersuchungsausschuss, viel mitnehmen können, was Aufsichtsräte, was Vorstände angeht, dass man das ernster nehmen muss zum Beispiel.

Von den Goldgeschenken und den Abläufen und ähnliches. Ihr habt das alles mitbekommen. Ich finde es wirklich anmaßend und eine Frechheit sich hierher zu stellen und die Arbeit mies zu machen, die wir jetzt seit Monaten da drinnen machen. Das ist ein absolutes No-Go. Danke.

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist der Herr Klubobmann Ulram am Wort. Danach der Herr Abgeordnete MMag. Petschnig.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich kann mich nur wiederholen, wenn eingangs auch die SPÖ einsieht, dass gemäß Geschäftsordnung es richtig war so wie gehandelt worden ist, verfassungstechnisch richtig, muss aber noch einmal replizieren was Sie vorher gesagt haben, Herr Kollege Hergovich, auf die Entziehung des Wortes. Wer auch immer die Idee gehabt hat das Video anzusehen, schauen wir es uns an das Video, Kollege Hergovich. *(Abg. Robert Hergovich: Ja!)*

Wenn die Sitzung geschlossen ist, ist sie geschlossen. Dann kann ich mich nicht gegen die Geschäftsordnung da herstellen und was einfordern, was es gar nicht mehr gibt, weil die Sitzung geschlossen ist. Und die Unwahrheit ständig zu wiederholen, wegen dem wird sie nicht wahrer. Herr Kollege Hergovich, wenn man etwas ständig wiederholt und versucht auf eine andere Ebene zu stellen, wird das nicht wahrer. *(Abg. Robert Hergovich: Stimmt!)*

Das was Sie gestern gemacht haben, dass Sie sich hinstellen und eine richtige, Sie selber haben es heute gesagt, geschäftsordnungsverfassungstechnisch richtige Handlung mit einem Austrofaschismus zu vergleichen, mit einer Diktatur zu vergleichen, und sich dann nicht entschuldigen beim Präsidenten Rosner für Ihr Verhalten gestern, das ist letztklassig. Ich fordere Sie noch einmal auf, Herr Kollege Hergovich, zeigen Sie Größe, legen Sie die parteipolitische Brille ab, legen Sie einfach ab, dass Sie jetzt einmal auch auf die sachliche Ebene zurückkehren. Diskutieren wir einmal ein Gesetz so, wie es gehört. Kehren Sie auf diese Ebene zurück und schauen Sie, dass Sie heute noch und jetzt bei Ihrer nächsten Wortmeldung sich beim Kollegen Rosner entschuldigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und zum Kollegen Tschürtz: Das kann man nicht unkommentiert lassen, diese Anbiederung und diese Vergangenheitsbewältigung zur SPÖ. Das muss man nicht wiederholen. Da sieht man, Herr Kollege Tschürtz, dass Sie immer noch sehr dankbar waren, fünf Jahre mit der SPÖ als Juniorpartner hier dabei zu sein und den Steigbügelhalter gemacht zu haben.

Ist auch in Ordnung, ist legitim, soll so sein. Aber bitte kehren Sie zu Ihrer Politik zurück, die Sie immer verfolgt haben. Mag sein, dass auch nicht immer alleweil eine gleiche Meinung ist, aber bitte bleiben Sie aufrecht und ehrlich und tun Sie sich nicht immer unterwerfen der SPÖ bitte. *(Beifall bei der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Klubobmann. Als Nächsten darf ich den Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an das Rednerpult bitten. .10

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge: Das Eine ist, lieber Wolfgang Spitzmüller, es wäre sehr begrüßenswert, wenn Du ein bisschen zuhören würdest, wie genau das Argument eines Abgeordneten Kollegen lautet. Der Klubobmann Tschürtz, der Hans Tschürtz hat gerade gesagt, der Untersuchungsausschuss von gestern, und gestern, da warst Du nicht dort, hat es tatsächlich eine, aus meiner Sicht, völlig unnötige Politshow gegeben, das habe ich auch vorher in den Parteienverhandlungen gesagt.

Ich habe weder bei der Ladung von Hans Nießl zugestimmt, ich habe auch bei der Ladung von Rudi Strommer nicht zugestimmt. Ich habe bei der Ladung von Karl Kaplan nicht zugestimmt, weil die uns nämlich überhaupt nichts zu sagen gehabt haben. Das war eine Politshow, "Ja, haha, wir haben einen Landesrat, der vor 25 Jahren in inniger Verantwortung war". Das war lächerlich und das war dem Untersuchungsausschuss wirklich nicht angemessen.

Und das Zweite, was den Untersuchungsausschuss betrifft - und auch da hat er Recht, das hat im Übrigen auch der Verfahrensrichter schon bemerkt - na wer liefert denn uns keine Akten und wer lässt uns denn, zumindest zum Teil, blöd sterben? Das ist genau die GRÜNE Justizministerin, *(Zwischenruf des Abg. Wolfgang Spitzmüller)* die angeblich ja so immer an Aufklärung oder Transparenz oder Wahrheit interessier ist. Die liefert genau Null.

Die Staatsanwälte, die über die Whistleblower-Anzeigen und was weiß ich was alles Bescheid wissen müssten. Ich weiß nicht, ob Du zufälligerweise bei der Befragung dabei warst oder zumindest in den Klubräumlichkeiten das gesehen hast, die haben den U-Ausschuss lächerlich gemacht. Der Masseverwalter hat den U-Ausschuss lächerlich gemacht, der den Durchblick durch alle Begebenheiten hat, was die Bank betrifft. Und schuld daran ist die Alma Zadić, die Justizministerin von Euch. *(Beifall bei der FPÖ)*

Die hätte die entbinden müssen und hat das nicht getan. Und das ist ein Politschauspiel in der Tat.

Das andere, ich sehe das irgendwie natürlich auch in einer gewissen chronologischen Abfolge. Da muss man schon eines sagen, lieber Robert Hergovich. Den ersten Stein, wenn man so will, habt schon Ihr geschmissen.

Mit der parallelen Einberufung einer Landtagssitzung und eines Untersuchungsausschusses, wohlwissend, dass das Abgeordneten, zum Beispiel mir, verunmöglicht, nicht freiwillig, sondern verunmöglicht, mich sozusagen nötigt, mich zu entscheiden. Und mein Mandat hier nicht wahrnehmen zu dürfen, das ist nicht nur nicht okay, das ist aus meiner Sicht verfassungswidrig.

Das ist eine Nötigung, zumindest von Teilen eines verfassungsmäßigen Vertretungskörpers und dafür wäre tatsächlich ein Wort des Bedauerns auch von Deiner Seite oder auch, von wem auch immer diese Idee gekommen ist, angebracht. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr darf ich noch einmal an das Rednerpult bitten den Herrn Klubobmann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Klubobmann Ulram! Wenn Sie das als "Steigbügelhalter" bezeichnen wollen, dann tun Sie das. Wir waren mit der SPÖ in der Landesregierung. Wir waren mit der ÖVP in der Bundesregierung. Also was die ÖVP in der Bundesregierung aufgeführt hat, auf das will ich gar nicht mehr denken. Diese Hinterlist, wie die ÖVP vorgegangen ist, die tut mir heute noch im Herzen weh.

Und wenn Sie sagen "Steigbügelhalter", nur weil ich kritisiere, wirklich, aber ernsthaft, nur weil man kritisiert, dass der Präsident nicht durch die Runde schaut. Ich habe nämlich selber gesehen, wie der Klubobmann Hergovich aufgezeigt hat. (*Abg. Markus Ulram: Nach dem Schließen!*) Nein, nicht nach der Schließung!

Er hat schon vorher aufgezeigt. (*Abg. Markus Ulram: Schauen Sie sich das Video an, Herr Kollege Tschürtz!*) Wenn man nicht durch die Runde schaut, ob es noch eine Wortmeldung gibt, dann ist das aus meiner Sicht nicht legitim. Das verurteile ich.

Deshalb habe ich auch gesagt, dass die Verfassungsklage gegen die Ilse Benkö auch nicht in Ordnung war. Das habt Ihr auch gemacht, na selbstverständlich. (*Abg. Markus Ulram: Das war nicht gegen die Ilse Benkö, sondern gegen den Beschluss, oder?*) Trotzdem war das eine Verfassungsklage gegen die Durchführung als Präsidentin. Und das war nicht in Ordnung.

Und aus meiner Sicht hat das nichts zu tun mit irgendeiner Parteipolitik, sondern es geht mir einfach darum, dass jeder Abgeordnete sein Rederecht ausüben kann. (*Beifall bei der FPÖ*)

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke schön Herr Klubobmann.

Eine Feststellung von mir: Ich bin seit vielen Jahrzehnten begeisterte Parlamentarierin. Das ist mir wichtig. Parlamentarismus, Parlament, Landtag heißt ganz klar diskutieren, austauschen von Meinungen, austauschen von inhaltlichen Standpunkten, natürlich innerhalb einer Geschäftsordnung. Davon lebt die Demokratie.

Aber ich sage ganz klar - all diese Beschlüsse, all dieses Commitments, mit einer Hälfte im Landtag zu arbeiten, um die Abgeordneten zu schützen, sind von allen getragen worden und ich bedanke mich bei allen, die das jetzt auch klar gesagt haben.

Ja, die Präsidialkonferenz ist ein beratendes Organ für mich. Ich nehme das aber ernst. Ich habe dementsprechend immer wieder gefragt - bleiben wir dabei? Wir haben die Sicherheitsmaßnahmen, die Hygienemaßnahmen gemeinsam besprochen. Ja, und ich habe mit Ihnen allen, den Klubobleuten und meinen zwei stellvertretenden Präsidenten besprochen, dass wir nur mit der Hälfte der Mannschaft arbeiten. Das jetzt so hinzustellen, als wenn das Willkür gewesen wäre, ist falsch.

Das Zweite: Aufgrund der Tatsache, dass die Landtagssitzung hinsichtlich COVID eben nur die Hälfte der Abgeordneten verlangt, sozusagen, auch abgesprochen in der Präsidialkonferenz am Dienstagnachmittag. Auch mit dem Kollegen Rosner, dass er mich vertritt, abgesprochen.

Ich möchte auch für die Menschen draußen, die uns zuhören oder nachfragen werden, weil natürlich war das ein Thema gestern, ganz klar festhalten, dass ich diesen Vorwurf, ich hätte verfassungswidrig gehandelt, auf das Schärfste zurückweise. Das habe

ich nie getan in all diesen Jahrzehnten, das werde ich nicht tun und ich habe das auch gar nicht notwendig.

Und noch einmal - auch eine Klarstellung bezüglich des Gesetzes. Jetzt geht es mir als Landtagspräsidentin nur darum, klarzumachen, auch den Menschen, die nicht wie wir jeden Tag in politischen Abläufen arbeiten, in Geschäftsordnungen arbeiten. Die wissen ja den genauen Vorgang nicht.

Das Raumplanungsgesetz ist gestern in der Früh in die Landtagsdirektion eingegangen. Das heißt, es wurde fristgerecht eingebracht. Gestern hätte man die Sitzung so abgehalten, wie besprochen in der Präsidialkonferenz am Dienstag, wäre das eingelaufen. Der Herr Präsident Rosner oder der Herr Präsident Maczek, wie immer sich die Herren das ausgemacht haben, darum habe ich Sie gebeten, hätten das Raumplanungsgesetz diskutiert aufgrund des Dringlichkeitsantrages.

Aber es wäre gestern zu keiner Abstimmung gekommen. Es wäre nur diskutiert worden. Und es kommt in den nächsten Ausschuss. Der wird Anfang März sein und das Gesetz wird beim nächsten Landtag, das wird dann im März darauf sein, nachdem das vom Ausschuss in den Landtag kommt, beschlossen. Es wäre also gestern zu keinem Beschluss gekommen.

Ich habe eine Bitte - ich denke, dass wir zum Thema zurückkommen sollen. Das ist der Dringlichkeitsantrag. Ich bedanke mich bei allen für Ihre Geschäftsordnungsdebatten und Ihre Beiträge. Weil, wie ich vorher schon gesagt habe, davon lebt der Parlamentarismus. Wir werden heute am Nachmittag die Sitzung fortsetzen. Es ist jetzt 09.39 Uhr.

Ich darf daher, nachdem die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages, nämlich der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klubobmann Markus Ulram, Patrik Fazekas, Kolleginnen und Kollegen frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, die Sitzung unterbrechen und sie eben um 12.39 Uhr hier wieder aufnehmen. Die Sitzung ist bis 12.39 Uhr unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 09 Uhr 39 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 41 Minuten wieder aufgenommen.)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Werte Regierungsmitglieder! Ich darf nunmehr die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen.

Ich darf mich auch bedanken bei unseren Gebärdendolmetscherinnen, die relativ rasch organisierbar waren: Vielen Dank, dass das so kurzfristig gelungen ist.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die unverzügliche Aufnahme von Parteienverhandlungen zur Änderung des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes aus dem Jahr 2019, mit der Zahl 22 - 396, Beilage 541.

Da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat, darf ich nunmehr den Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages geben.

Herr Klubobmann, ich darf Sie ans Rednerpult bitten.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Danke, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube das Raumplanungsgesetz ist so

essentiell und wichtig für das Burgenland und für die Gemeinden, dass es wert ist, dass wir das hier heute in dieser Sondersitzung, die wir beantragt haben, auch diskutieren.

Eingangs darf ich noch eine Bemerkung zur heutigen Diskussion machen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die heutige Sondersitzung, oder die für gestern eingeladen worden ist, ist ja, nur für gestern, anscheinend, gegangen. So wurde das begründet, ich zitiere aus einem Beitrag des ORF, wo die Frau Landtagspräsidentin die Entscheidung für den Sitzungstag verteidigt hat.

Sie habe den schnellstmöglichen Termin für die Sonderlandtagssitzung, der innerhalb von 14 Tagen nach Antrag stattfinden muss, gewählt, und zu dem einen Tag, an dem der für Raumplanung zuständige Landesrat Heinrich Dorner (SPÖ), dabei sein könne.

Es wäre beispielsweise auch aus Termingründen der Freitag, der 19. Februar, sowie der Freitag, der 26. Februar nicht der Fall gewesen, sagte Dunst.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn jemand von einer Politshow und von Schauspiel redet, dann kann es nur die SPÖ sein weil augenscheinlich ist der Herr Landesrat Dorner heute zugegen und hat sich doch, warum auch immer, diese Zeit nehmen wollen, dass er bei dieser wichtigen Debatte heute auch dabei ist.

Aber in kürzester Zeit, meine sehr geschätzten Damen und Herren der SPÖ und der Alleinregierung, sind zwei Gesetze Ihnen um die Ohren geflogen. Zum einen die Miesere um das Jagdgesetz, wo es jetzt bekanntlicherweise eine Volksabstimmung dazu gibt, wo Sie die Zerstörung des Landesjagdverbandes zu verantworten haben, wo Sie eine Steuereinführung beziehungsweise -erhöhung zu verantworten haben.

Und im Raumplanungsgesetz, das uns jetzt, heute zugrunde liegt, das gestern kurz vor der Aufrufung der Landtagssitzung, der Sondersitzung, eingelaufen ist, wo Sie mit einem einzigen Gesetz drei neue Steuern einführen, nämlich die Besteuerung von Bauland, der Windräder und der Photovoltaik.

Ich glaube, dieses Kleinspielen, dass Sie hier betreiben, dass Sie sagen, ja, das ist alles gut und steigert die Einnahmen der Gemeinden und so weiter, das werden Ihnen die Burgenländerinnen und Burgenländer in dieser Art und Weise nicht verzeihen können, wenn sie sehen, was das eigentlich für sie bedeutet.

Aber schauen wir uns vielleicht bis zur heutigen Sitzung die Chronologie des Ablaufes dieser Gesetzwerdung an. Sie sind hergegangen in einer Budgetsitzung am 10. Dezember des Vorjahres, wo Sie mit der Alleinregierung dieses Gesetz beschlossen haben.

Trotz massiver Kritik, trotz 30 Stellungnahmen, die sehr eindeutig gegen die Entstehung dieses Gesetzes waren, gegen ein Gutachten eines Verfassungsrechtler eines renommierten, wo klar drinnen steht, dass dieses Gesetz verfassungswidrig ist in jeglicher Hinsicht, in der Einführung der Photovoltaiksteuer, in der Einführung der Windradsteuer und in der Einführung der Baulandsteuer.

Dann kam ein historischer Schritt, der in ganz Österreich nicht gewöhnlich ist und im Burgenland schon gar nicht. Wo die Bundesregierung hier eingreifen musste und klar sagte, mit diesem Einspruch gegen dieses Gesetz, dass es ja nicht sein kann, dass der Bund Klimaziele verfolgt und große Anzahlen an Förderungen vergibt und auf der anderen Seite das Burgenland hergeht mit einer neuen Gesetzeswerdung und die Förderungen wegsteuert.

Das kann ja nicht im Sinne des Vergebers von Förderungen sein, nicht im Sinne des Ausbaues der erneuerbaren Energie und nicht im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer. Und darum mussten wir auch zu dem parlamentarischen Mittel greifen um heute eine eigene Diskussion dazu zu führen in einer Sonderlandtagssitzung.

Wo Sie gestern, sehr provokant wie ich meine, eine halbe Stunde davor eine Pressekonferenz gegeben haben und der Öffentlichkeit mitgeteilt haben, dass es eine augenscheinliche, angebliche Einigung mit der Frau Gewessler, mit der Frau zuständigen Ministerin gegeben hat.

Es ist aber schon bemerkenswert, wenn man sich die Ausführungen bei dieser Pressekonferenz, nämlich genauer ansieht. Sie haben gestern gesagt, dass das Landschaftsbild, die Rechtssicherheit und so weiter, die Begründung ist für diese Vorgangsweise.

Dann sagen Sie aber gleichzeitig im Umkehrschluss, dass im Ausbau der Windkraft, im Ausbau der erneuerbaren Energie seit Jahren und Jahrzehnten die Gemeinden rechtswidrig handeln. Denn diese Verträge, die privatrechtlich von den Betreibern, unter anderem auch der Energie Burgenland, 51 Prozent Mehrheitseigentümer ist das Land Burgenland, widerrechtlich beschlossen worden sind.

Wo wollen Sie jetzt mit diesem neuen Gesetz eine Rechtssicherheit herstellen? Was möchten Sie damit bezwecken?

Tatsache ist auch, dass die Frau Gewessler gestern zum Besten gegeben hat, dass sie - im Gegensatz zum Einspruch nämlich - gesagt hat, dass jetzt plötzlich durch Ihre Vorgangsweise, wo Sie eine Deckelung der Steuer einführen im Gesetz, das Sie per Verordnung das dann anordnen können und dürfen, die Ausbauziele nicht mehr konterkariert werden und die großen Steine aus dem Weg geräumt worden sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, na wie kann denn das sein, wenn klar im Einspruch, durch den Ministerrat, dieses Gesetzes klar festgehalten wird, dass eigentlich durch die gesamte Vorgangsweise, durch die Einführung einer neuen Steuer, oder am besten gesagt, drei neuer Steuern, die Förderpolitik eigentlich konterkariert wird und der größte Stein in diesem Einspruch ja eben die neue Einführung der Steuer ist?

Und dann sagt die Frau Ministerin Gewessler - da haben wir die großen Steine weggeräumt. Das kann ich jetzt nicht mehr nachvollziehen und nicht verstehen, wenn der größte Stein die Besteuerung ist, die Einführung einer Wegsteuerung von Fördergeldern.

Und auf der anderen Seite sagt man, ja jetzt funktioniert es auf einmal, weil man eine Deckelung eingeführt hat. Das wird in dieser Art und Weise, meines Erachtens nach, nicht halten und da wird sich der Ministerrat auch dementsprechend nochmal unterhalten müssen, weil wir klar gegen die Einführung von neuen Steuern auch weiterhin sein werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich weiß nicht immer, wo diese Zahlen herkommen, wenn da drinnen steht, zum Beispiel im neuen Gesetz - die Baulandsteuer. Ursprünglich hat es geheißen, es wird ein Durchschnitt hergenommen von der Statistik Austria, wo mit einer vorgegebenen Berechnung des Landes die Besteuerung des Baulandes vorgenommen wird.

Dann hat es in der Gesetzwerdung auf einmal geheißen, kurz vor der Beschlussfassung im Budgetlandtag - nein, es soll nicht der Durchschnittswert hergenommen werden, sondern es soll ein Sachverständiger das machen.



Und wenn ich so durch die Runde schaue, es sitzen ja einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch im Landtag und da wird ja niemand glauben, und ich bin auch überzeugt davon, dass es niemand glaubt, dass man zum Beispiel, wenn ich heute Grundstückspreise in einer sehr, sehr hohen Art und Weise habe, wie zum Beispiel Neusiedl am See mit 300, 350 Euro, dass man dann auf einmal Bauland kaufen kann um 80 Euro in Neusiedl am See. Nein das wird ja niemand glauben.

Herr Landesrat, da müssen Sie selbst lächeln dazu. Das wird ja niemand glauben, dass das möglich ist. Und dass durch die Einführung einer Steuer die Leute, die Besitzer, die Grundbesitzer hergehen und sagen - ja, das ist mir jetzt zu viel, ich verkaufe jetzt mein Grundstück, weil ich möchte keine Steuer zahlen, na das wird, meine sehr geschätzten Damen und Herren, nicht passieren.

Ich sage Ihnen was nämlich passieren wird. Der Grundstücksbesitzer wird weiterhin Grundstücksbesitzer bleiben und wird auch Ihre eingeführte Steuer zahlen. Und am Ende des Tages wird er sagen, - ja, weil sich vielleicht meine Lebenssituation verändert hat nach fünf, sechs, sieben, zehn, 15, 20 Jahren, verkaufe ich mein Grundstück vielleicht, aber mit dem Aufschlag der Steuer, die ich bis jetzt bezahlt habe. Das wird die realpolitische, gemeindepolitische, gesellschaftspolitische Auswirkung dieser neuen Baulandsteuer werden.

Und schauen wir uns die Windratsteuer an, Herr Landesrat. 3.000 Euro pro Megawatt, 3.000 Euro pro Megawatt. Dann wird berichtet gestern, das sind laut Auskunft im Schnitt 7.000 Euro.

Ich weiß nicht, wie weit Sie sich beschäftigt haben mit der Windkraft und mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie in diesem Bereich, aber die neue Generation der Windräder hat 5,5 Megawatt mit den großen Rotorblättern und so weiter. Die Technologie hat sich Gott sei Dank weiter entwickelt.

Und auch die große Anzahl, die zum Beispiel auch in meinem Heimatbezirk steht, im Bezirk Neusiedl am See, hat zum Beispiel drei und vier Megawatt. Und wenn man sich das anschaut, dann sind das nicht 7.000 Euro, sondern bedeutend mehr zum einem.

Und zum anderen, wollen Sie eigentlich jetzt damit bezwecken, dass vom Kuchen, der ja nicht größer wird, der gezahlt wird von den privaten Betreibern, für Sie auch ein Teil abfällt und heißt im Umkehrschluss, dass der Kuchen für die Gemeinden natürlich kleiner wird.

Und da bin ich schon gespannt, wie dann die Energie Burgenland, wo das Land Burgenland, Sie als Alleinregierung hier verantwortlich sind für die Energie Burgenland mit den Verträgen, dann umgeht mit den Grundeigentümern, mit den Gemeinden.

Denn Sie greifen jetzt mit Ihrer Vorgangsweise zukünftig bei jeder Entstehung eines neuen Windrades in die Gemeindekasse. Und das ist die Wahrheit, das ist die Realität, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wenn jetzt im Bereich der Photovoltaik hergegangen wird und versucht wird eine Norm einzuführen, was überhaupt bezahlt werden soll mit 700 Euro pro Hektor, dann bin ich schon gespannt mit Ihrer Teilverstaatlichung, die Sie jetzt bereits betreiben, wie Sie das dann anstellen wollen, was die Gemeinden dazu sagen. Denn ich glaube, dass die Tarif- und Entgeltgestaltung derzeit eine andere ist.

Und zum anderen glaube ich, dass die Gemeinden eine Leistung hier erbringen, die Sie als Land nicht erbringen. Denn nur mit dem Argument der

Landschaftsschutzabgabe, - übrigens auch bei der Schotterabgabe ist ja das auch schon nicht gerechtfertigt, wo das Land mehr einnimmt wie die Gemeinden.

Wo ist der Verkehr, wo ist die Schottergrube, wo wird denn Staubentwicklung gemacht und so weiter? - In den Gemeinden. Und nicht, dass sich das Land überall ein "Körpergeld" herausholt. Und das muss man einmal klar und deutlich sagen.

Und hier bei der Photovoltaik werden genau Sie als Landesregierung, hergehen und mit dieser Deckelung wieder in die Gemeindekassen greifen, halbieren die Einnahmen der Gemeinden und holen sich so zig hunderttausende Euro aus den Gemeinden heraus, aus den Gemeindekassen, wo Sie Ihre Wahlzuckerl, die Sie ja versprochen haben als SPÖ-Alleinregierung, finanzieren müssen. Das ist allein die Wahrheit dieser neuen Gesetzgebung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, nicht nur im Bereich der Raumplanung, sondern in vielen anderen Bereichen, ob es die GIS-Gebühr ist, ob es die Jagdsteuer ist, die da so erhöht wird, ob es andere Bereiche betrifft, bis hin wie man in den Bezirken Mattersburg, Eisenstadt und Neusiedl am See gesehen hat, wo die SPÖ alleine die Wassergebühr angehoben hat, wo sie angeblich so sozial gerecht alle sind, und genau das Gegenteil eigentlich jeden Tag beweisen, beweist auch hier das neue Raumplanungsgesetz sehr eindeutig, in welche Richtung es in Zukunft geht.

Dieses Gesetz, dieses Raumplanungsgesetz ist klar verfassungswidrig. Dieses Raumplanungsgesetz wirkt kontraproduktiv für den Ausbau der erneuerbaren Energie. Dieses Raumplanungsgesetz hebt die Zahlungen der Gemeinden aus, beziehungsweise halbiert diese.

Dieses Raumplanungsgesetz ist so wie viele andere Gesetze in anderen Bereichen eine Verstaatlichung, eine starke Tendenz alles in eine starke Hand zu bringen, Abhängigkeit zu schaffen, damit alle nur mehr zum Herrn Landeshauptmann und zu dieser Alleinregierung pilgern müssen um etwas zu bekommen.

Und es ist nicht nur ein schlechter Stil wie dieses Gesetz und andere Gesetze zustande kommen, sondern am Ende des Tages werden diese Vorgangsweise, die Sie hier wählen, diese Besteuerung, diese Eingriffe in die Gemeindekasse, am Ende des Tages werden die Burgenländerinnen und Burgenländer zahlen müssen, um Ihre Vorhaben, Ihre anderen Vorhaben finanzieren zu können, die Sie sehr großspurig immer ankündigen.

Und das ist im Prinzip die Wahrheit um das es hier bei diesem Gesetz geht und das müssen auch die Burgenländerinnen und Burgenländer wissen. Mit Ihrer Einführung von drei neuen Steuern mit einem einzigen Gesetz helfen Sie nicht den Burgenländerinnen und Burgenländern, sondern Sie greifen ihnen im Endeffekt in die Tasche. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst†:** Danke Herr Klubobmann.

Ich möchte nur klarstellen, dass es bei der Terminfindung betreffend Freitag, wie Sie erwähnt haben, mich betroffen hat und nicht Herrn Landesrat Dorner. *(Abg. Markus Ulram: Das ändert nichts an dem Datum.)*

Aber fortgehend in der Tagesordnung, nämlich, dass wir in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages eintreten, ist als erste Redner der Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller am Wort. In Vorbereitung der Herr Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Danke schön, Frau Präsidentin. Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Liebe Regierungsmitglieder! Der Einspruch des Bundes war natürlich kein unfreundlicher Akt gegen das Burgenland, sondern er hatte gute Gründe. Und der Kompromiss ist jetzt ein Kompromiss.

Ich bin auch nicht glücklich mit der Abgabe, die es nach wie vor gibt, nur man muss die Kirche schon im Dorf lassen, lieber Kollege Ulram. Die Abgabe betrifft ja nur Großanlagen und Firmen, es sind keine Privaten, die davon betroffen sein werden. Die machen hier sehr gutes Geld mit Windkraft und Photovoltaik-Großanlagen und so. (*Abg. Markus Ulram: Die Baulandsteuer betrifft ausschließlich Private.*)

Ich rede jetzt einmal nur von der Photovoltaikgeschichte weil, das war ja das Thema, wo der Bund den Einspruch erhoben hat.

Wo ich Ihnen zustimme ist, wie es zu Gesetzen kommt, bin ich im Moment auch nicht sehr glücklich. Es gibt sogenannte "Parteienverhandlungen", wo wir in Wirklichkeit ein fertiges Gesetz bekommen. Wir haben genau die Punkte, die der Bund kritisiert hat, haben wir bei Vorgesprächen und das wurde auch in anderen Stellungnahmen, - da wurden genau diese beiden wesentlichen Punkte kritisiert.

Also man hätte sich das von vornherein ersparen können, wenn wir gemeinsam an einem Gesetz arbeiten, wenn wir Stellungnahmen ernst nehmen, die auch von anderen kommen. So wird es halt immer wieder passieren.

Gleiches, da gebe ich auch dem Kollegen Ulram recht, hätten wir uns beim Jagdgesetz ersparen können. Aber zu der positiven Seite der ganzen Sache. Wir wollen 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen haben in Österreich. Das ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Das ist nicht nur ein Wollen, sondern eigentlich ist es auch ein Müssen. Wir haben uns selber dazu verpflichtet als Bund. Wir haben uns im Pariser Abkommen dazu verpflichtet. Das heißt, wir müssen hier ganz stark auf die Verwirklichung setzen. Wir sind im Burgenland sehr gut dran.

Bei den Photovoltaikanlagen ist noch einiges an Nachholbedarf. Es gibt noch viel zu viele Dächer die voll dafür geeignet wären, aber noch keine Photovoltaikanlage tragen. Ich glaube, dass wir das mit den neuen Fördermaßnahmen, mit dem neuen Energieausbaugesetz, schaffen werden. Es ist inzwischen - Gott sei Dank - so weit, dass viele Leute auf das Dach sich nicht nur eine Photovoltaikanlage nehmen, weil sie jetzt total idealistisch sind und das wichtig finden, sondern einfach, weil das schon fast langsam zum Hausbau dazugehört, dass man einen Teil seines Stromes auch selber produziert.

Das wird natürlich noch interessanter, wenn dann immer mehr Menschen Elektroautos fahren, weil ich dann direkt die Sonne in den Tank laden kann. Und das alleine ist schon einmal eine spannende Geschichte für jeden und jede, die eine Photovoltaikanlage ihr Eigen nennen kann.

Aber, wir sorgen ja im Bund auch darüber hinaus, es gibt ja genug Menschen, die das nicht machen können, weil sie in einer Wohnung wohnen, aber auch die werden in Zukunft davon profitieren können über die Energiegemeinschaften. Auch die Energie Burgenland hat hier einige Modelle, dass man partizipieren kann am Ausbau erneuerbarer Energie und die dann auch nutzen kann, direkt.

Das macht das Ganze handelbarer verständlicher, man kann sich als Teil der Energiewende sehen, als Teil einer Photovoltaikanlage, einer Windkraftanlage eventuell auch. Das wird, glaube ich, hat sich ja letztes Jahr schon gezeigt, für einen Boom sorgen.

Das wird, davon gehe ich aus, auch heuer weiter gehen, und das ist notwendig, und das brauchen wir. Dadurch haben wir nicht nur erneuerbaren Strom, sondern, was auch ganz wichtig ist, wir haben die Stromerzeugung hier vor Ort. Es verdienen regionale Betriebe daran, dass wir Energie erzeugen. Das war ja lange Zeit nicht so. Wir haben das Geld nach Weißrussland „ferngeschickt“, wo zum Beispiel das Gas herkommt und Ähnliches.

Was notwendig sein wird, was mir auch noch wichtig ist, ist, wir müssen uns langfristig auch überlegen, wie wir aus dem Erdgas rauskommen? Aber das nur am Rande. Klar ist, es werden Freiflächenanlagen auch notwendig sein. Wichtig ist trotzdem vorher, vor allem die Dächer wirklich zuzupflastern, überall wo das möglich ist. Freiflächenanlagen sollten möglichst so aufgestellt werden, dass die Landwirtschaft trotzdem betrieben werden kann.

Also wir brauchen nicht das Problem was wir von Haus aus schon haben, dass wir durch Bodenversiegelung landwirtschaftliche Fläche verlieren. Wir dürfen nicht durch Photovoltaik, durch erneuerbare Energie, landwirtschaftliche Fläche verlieren. Das können wir uns nicht leisten.

Das können wir uns aus folgendem Grund nicht leisten, weil wir in Österreich, nein, weil wir europaweit nach wie vor beim Boden versiegeln die Spitzenreiter sind. Wir haben die höchste Quote an Supermärkten europaweit pro Kopf in Österreich. Das Burgenland ist leider auch ganz vorne dabei, was die Bodenversiegelung angeht.

Besonders krasse Beispiele, die ich hier immer wieder bringe, - Supermärkte, die auf der anderen Straßenseite neu bauen, das alte Objekt, samt Parkplatz steht leer, wird nicht genutzt, oft dann erst nach vielen Jahren, wenn überhaupt. Diese Probleme werden wir, wenn wir so weitermachen, und das Raumplanungsgesetz nicht in dieser Richtung verschärfen, weiter haben.

Aktuelles Beispiel, beziehungsweise Wahnsinn in Müllendorf - dort geht der Lidl gerade aus seinem riesigen Logistikzentrum hinaus, es ist dort fast nichts mehr los, ich habe mir das vor kurzem angeschaut, und genau daneben soll ein neues Logistikzentrum errichtet werden.

Das ist, noch dazu sei gesagt, wenn man sich das anschaut, als Landwirt tut mir das wirklich im Herzen weh, das ist bester landwirtschaftlicher Boden. Allein der Lidl steht auf der besten Bonität. Man kann sich das im Internet anschauen, da gibt es Karten, wo man die Bodenqualität sich anschaut, das ist Humusboden, wie wir ihn sonst selten finden.

Dort bauen wir Logistikzentren, Parkplätze, teilweise wie in Parndorf auch Supermärkte, und verlieren dadurch massiv die Möglichkeit, uns regional von unseren Lebensmitteln zu ernähren, langfristig zu versorgen.

Also der Plan, den wir auf der anderen Seite haben im Burgenland, möglichst biologisch, möglichst regional zu ernähren, wird, nicht nur im Burgenland sondern österreichweit, der schmilzt dahin.

1950 standen in Österreich pro Kopf 2.400 Quadratmeter Ackerfläche zur Verfügung, heute sind es 1.600 Quadratmeter. Wir haben die gesamte Ackerfläche Österreichs, nein Oberösterreichs, Entschuldigend, in den letzten 50 Jahren verbaut und versiegelt. Das geht komplett verloren. Es gibt, Gott sei Dank, inzwischen einige Initiativen, die das wieder ein bisschen in die Gegenrichtung machen wollen. Ich will da auch Eisenstadt erwähnen, die hier eine Entsiegelungsförderung zumindest einmal möglich gemacht haben.

Ich glaube, das wird zu wenig sein. Deswegen finde ich den Ur-Antrag so wichtig, nämlich, dass wir das Raumplanungsgesetz noch einmal komplett neu aufsetzen. Wir brauchen, so wie in Salzburg, wo es geschafft wurde, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Bodenversiegelung, die fehlen uns nach wie vor ganz eindeutig.

Wenn wo Boden bereits gewidmet ist, dann kann ich dort eigentlich als Bürgermeister kaum was dagegen machen, wenn jemand sagt, er versiegelt diese Fläche. Das fällt allen auf, nur offensichtlich den Zuständigen zu wenig.

Auch wenn erste Schritte mit der Novelle gemacht werden. Das ist eindeutig zu wenig. Wir müssen hier auch die Möglichkeiten schaffen, Industriegewerbe, Einkaufszentren, Supermärkte hier zu ermöglichen, aber ohne so viel Bodenversiegelung.

Es wäre gar nicht so schwierig, ich habe das eh schon ein paarmal hier erwähnt. Wir bräuchten nur die Parkplätze auf das Dach oder unter das Gebäude verbannen. Diese Auflagen wären möglich. Das wäre notwendig. Wir haben einfach viel zu viel Boden bereits versiegelt.

Wir brauchen ein gescheitertes Leerstandsmanagement. Es darf einfach nicht möglich sein, dass ich ein neues Logistikzentrum schaffe, neben einem daneben leerstehenden. Das ist wirtschaftlich für das Land langfristig auch untragbar. Wir brauchen jeden Quadratmeter für Ackerbau, für die Natur, um hier den Boden zu schützen.

Warum ist das auch so wichtig den Boden zu erhalten? Weil der Boden als Klimaanlage dient, die billigste und ökologischste Klimaanlage, weil er eine Kohlendioxidsequestration und Quelle ist. Das geht komplett verloren. Das heißt, jeder Quadratmeter Boden ist weniger Klimaschutz.

Wir haben auf der anderen Seite auch das Problem, dass durch den Klimawandel bereits Permafrost auftaut, die dann wieder mehr Methan und Kohlendioxid freisetzen. (*Abg. Johann Tschürtz: Die Eiszeit hat es auch schon gegeben. - Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten der SPÖ: In der Mongolei.*) Gut, die Permafrost sind ein bisschen woanders, gebe ich zu. Zurück ins Burgenland - wir haben mit 508 Quadratmeter pro Einwohner im Burgenland die höchste Versiegelungsquote pro Einwohnerin und Einwohner. Wir haben inzwischen auch wirklich viele Initiativen. Der WWF hat jetzt eine Bodenschutzinitiative gestartet, Natur statt Beton.

Der WWF fordert einen Bodenschutzvertrag zwischen Bundesregierung, Ländern und Gemeinden. 14.000 Österreicherinnen und Österreicher haben bereits unterzeichnet. Man sieht, dass das den Österreicherinnen und Österreichern wichtig ist und dass es möglich ist an Wirtschaft, Arbeitsplätze und Bodenschutz gleichzeitig zu denken.

Das ist möglich, wir können das schaffen. Nur braucht es dazu einfach andere Maßnahmen, ein anderes Raumplanungsgesetz. Deswegen unterstützen wir natürlich den Antrag hier, das Raumplanungsgesetz genau neu aufzusetzen.

Wenn wir uns anschauen, also, man braucht eigentlich nur durch das Burgenland zu fahren. Das EO wird vergrößert. Was war dort? - Ackerfläche. Müllendorf - das Beispiel habe ich schon gebracht. Es ist eigentlich egal wo wir uns diese Beispiele anschauen. Steinberg - Dörfel soll jetzt auch ein neues Gewerbegebiet entstehen. Was ist dort? - Ackerfläche.

Ich frage mich, wo wir in Zukunft die Nahrungsmittel anbauen werden? Und es geht da langfristig wirklich um Ernährungssicherheit. Und ich habe die Zahlen vorher gebracht, was wir hier verlieren an wichtigen Boden, an landwirtschaftlichen Flächen, die ja auch die

Landwirte benötigen. Natürlich ist es immer interessant für Landwirte, oder teilweise interessant, ihren Boden zu verkaufen, weil die Preise halt auch interessant sind für sie.

Also, wir brauchen ein Raumplanungsgesetz das Bodenschutz garantiert, dass den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die Möglichkeit in die Hand gibt, hier stärker regelnd einzugreifen, wenn Boden versiegelt wird. Neue Supermärkte dürfen nur noch gebaut werden, wenn die alten entweder einer verpflichtenden Nachnutzung überführt werden oder abgerissen werden und dort wieder der Urzustand hergestellt wird.

Anders können wir uns das, dürfen wir uns das nicht mehr leisten, weil hier das Burgenland ja, geben wir es zu, optisch auch verschandelt wird. Weil wenn man die B50 entlangfährt sieht man ja, wo überall gebaut wird. Jeder Ort schaut vor dem Ort fast gleich aus.

Beim - wo ist das, in Weppersdorf ist es jetzt besonders pikant, da hat der BILLA auf der einen Seite neu gebaut, auf der anderen Seite hätte jetzt ein Merkur kommen sollen, der heißt jetzt dann auch BILLA, weil der Merkur, den gibt es ja bald nicht mehr.

Machen wir ein gescheites Raumplanungsgesetz. Wir wären dafür zu haben. Gescheite Verhandlungen, Kompromisse - ja gerne, aber nicht auf Kosten von landwirtschaftlicher Nutzfläche, von Natur und letztlich von Lebensqualität und dem Burgenland.

Danke schön.

**†Präsidentin Verena Dunst**: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster kommt der Herr Klubobmann Tschürtz. Wie vorher schon gesagt, in Vorbereitung Herr Abgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ)**: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht kurz zum Kollegen Spitzmüller, es ist sehr lobenswert, wenn wir vom Burgenland aus den Klimawandel aufhalten wollen.

Es wird uns nicht gelingen. Wo wir sitzen hat es schon einmal ein Meer gegeben, es hat schon eine Eiszeit gegeben. Es hat schon Dinosaurier gegeben. Also, wir werden vom Burgenland aus den Klimawandel nicht stoppen können.

Aber, kommen wir jetzt zum Raumplanungsgesetz, natürlich ist der Dringlichkeitsantrag der FPÖ zu begrüßen, na ja, der ist zu begrüßen. Der Antragstext, wonach Parteienverhandlungen mit allen im Landtag vertretenen Parteien und Fachexperten unverzüglich aufzunehmen sind, ist aus meiner Sicht ebenfalls in Ordnung.

Man darf ja nicht vergessen, dass es die verfassungsrechtliche Abklärung noch nicht gegeben hat. Ja, es hat im Begutachtungszeitraum, ich glaube Klubobmann Ulram hat das schon gesagt, 30 negative Stellungnahmen gegeben.

Es hat sogar der Verfassungsexperte Heinz Mayer, wo wir wissen, dass der eher im GRÜNEN Kammerl angesiedelt ist, sogar von Verfassungswidrigkeit gesprochen. Das heißt, dieses Thema ist definitiv ernst zu nehmen.

Es ist auch in Ordnung, dass alle zusätzlichen Abgaben, welche vom Land beschlossen werden sollen, einer intensivsten, juristischen und verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen werden. Also ich finde das ganze Prozedere ist in Ordnung und da ist auch nichts negativ, steckt auch nichts Negatives dahinter.

Die Einigung jetzt mit der Frau Minister Gewessler hoffe ich, ist mit Zustimmung der türkis-schwarzen Kurz-Blümel Partei erfolgt, sonst hat sie ja auch wieder keinen Sinn.

Weil wenn jetzt die Frau Gewessler mit dem Herrn Landesrat Dorner irgendwas ausmacht und die ÖVP weiß gar nicht, was die ausgemacht haben, dann sitzen wir heute auch schon wieder unnötig da, nicht? Weil dann brauchen wir wieder eine nächste Landtagssitzung und dann müssen wir noch einmal darüber reden.

Was mich natürlich, ich meine, ich verstehe es nicht, aber alles muss man ja nicht verstehen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist wahr, ja.*) da kommt es zu einem Gespräch mit der Frau Minister Gewessler und mit dem Herrn Landesrat Dorner und die ÖVP weiß gar nichts davon.

Das heißt, im Ministerrat hat es eine Ablehnung gegeben und jetzt muss die Frau Gewessler wieder in den Ministerrat gehen und braucht, so wie bei uns bei einer Regierungssitzung, wieder eine Zustimmung. Anscheinend wird das so sein, entweder fällt die ÖVP um oder fallen die GRÜNEN um, also irgendwer liegt dann. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Daher glaube ich, alles was wir jetzt heute daher plappern, auf Deutsch gesagt, ist interessant aber hat keine Relevanz. Ich glaube auch, dass das Raumplanungsgesetz insgesamt, freilich muss man sich damit auseinandersetzen und in die Zukunft blicken und der Herr Landesrat Dorner hat schon ein paar Mal darauf verwiesen das es eine 35 prozentige Baulandreserve gibt, natürlich ist das zu berücksichtigen und natürlich kann man auch auf dieser These aufbauen, das ist ja völlig in Ordnung.

Aber auch damals hat schon unser Abgeordneter Landesparteibmann Alexander Petschnig darauf verwiesen, dass in Folge dieser vielen Ungereimtheiten der Gang zum Verfassungsgerichtshof unumgänglich ist. Also, er hat das immer schon gesagt und das wird auch der Fall sein. Ich glaube auch, dass sehr Viele, die heute sozusagen das Wort ergreifen und davon sprechen dass das jetzt gut ist, sprich die GRÜNEN, dann darf ich ein Statement verlesen der GRÜNEN.

Da sagt der Abgeordnete Spitzmüller: Ebenfalls in ihrer Kritik bestätigt sehen sich die GRÜNEN, bei den Photovoltaikanlagen eine Landschaftsschutzabgabe einzuführen, während bei anderen Einrichtungen wie Einkaufszentren, Gewerbegebieten, der Landschaftsschutz für die Landesregierung keine Rolle spielt. Zeigt uns wie beliebig hier vorgegangen wird - so Wolfgang Spitzmüller.

Das heißt, er ist voll dagegen, die GRÜNEN sind dagegen, aber jetzt hat es ein Gespräch gegeben mit der Gewessler, jetzt hat man halt ein bisschen einen Deckel eingeführt und jetzt sind wir wieder dafür.

Also das heißt, jetzt passt es wieder nur wissen wir jetzt noch nicht ob es bei der ÖVP auch passt? Also das wissen wir jetzt alles noch nicht, das heißt, wir stehen heute da und plaudern und plaudern und keiner weiß worum es geht überhaupt.

Das ist ja wirklich echt locker und lustig weil eigentlich hätten wir den Dringlichkeitsantrag heute zurückziehen sollen weil, wofür diskutieren wir heute? Um was geht es? Wir wissen ja gar nicht, ob das wirklich stimmt mit der Gewessler, oder ob es nicht stimmt, weiß ja keiner.

Also was ich aus den Reihen der ÖVP gerade gehört habe, stimmt das absolut nicht weil, sie wissen überhaupt nichts. Oder die Frau Minister Gewessler sagt zum Kurzi – „Hau dich über die Häuser, ich mach das schon.“ Das kann es natürlich auch sein. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Aber wie gesagt, ich habe das natürlich ein bisschen bewusst scherzhaft zum Ausdruck gebracht weil genau dieses Scherzhafte ist es ja und deshalb bin ich wirklich gespannt, wie sozusagen die verfassungsrechtliche Sicht ausschaut.

Natürlich bin ich auch sehr gespannt über die Ausführungen von Landesrat Heinrich Dorner. *(Beifall bei der FPÖ)*

**†Präsidentin Verena Dunst**]: Danke schön Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Robert Hergovich, in Vorbereitung der Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin grundsätzlich sehr dankbar das wird diese Woche zusammenkommen in Form eines Sonderlandtages und hier im Hohes Haus debattieren, denn vor rund einem Jahr ist dieser Landtag angelobt worden und wir wurden in die neue Legislaturperiode vereidigt und haben die Ärmel hochgekrepelt.

Vor rund einem Jahr hat der Burgenländische Landtag die Burgenländische Landesregierung gewählt und seither ist viel geschehen, seither ist viel gearbeitet worden. Ja, in erster Linie galten dieses Jahr der Pandemiebekämpfung und deren Auswirkungen auf den Wirtschaftsbereich, auf den Arbeitsbereich und natürlich im Gesundheitsbereich.

Aber ich glaube dieser Sonderlandtag eignet sich absolut gut dazu auch eine kleine Bilanz über dieses Jahr zu ziehen. Und ich möchte in Erinnerung rufen, das Erste was die Sozialdemokratie mit ihrer absoluten Mandatsmehrheit hier im Burgenländischen Landtag gemacht hat, ist, die Fraktionen einzuladen um die Minderheitenrechte zu stärken.

Ich möchte in Erinnerung rufen, wir haben uns zusammengesetzt, eine Verfassungsreform verhandelt mit allen vier Fraktionen die im Wesentlichen den GRÜNEN den Klubstatus ermöglicht hat. Die im Wesentlichen und das betone ich heute besonders, den Untersuchungsausschuss oppositionsfreundlicher gestartet und gestaltet hat. Wir haben auch großartige Investitionen in den Gesundheitsbereich ermöglicht, weil es wichtig war dieser Pandemie vom Beginn an zu begegnen und dort auch ordentlich, kräftig zu investieren.

Natürlich ist die politische Agenda der Sozialdemokratie immer einhergegangen, Sie wissen alle, faire Löhne sind uns besonders wichtig. Der Landeshauptmann hat ausgegeben einen Mindestlohn von 1.700 Euro umzusetzen, nicht nur im Land sondern in landesnahen Unternehmungen, in jetzt auch schon diversen Vereinen.

Auch die Gemeinden haben jetzt die Möglichkeit dieses System zu beschließen. Viele private Unternehmungen aus dem Bau-, Baunebengewerbe, aus dem Metallgewerbe sind auch schon nachgezogen und viele tausende Menschen im Burgenland konnten davon profitieren. Sie haben deutlich mehr Einkommen, dafür dass sie hart und fleißig arbeiten. Ich denke wichtige Teilerfolge dieser politischen Agenda umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben auch das System der pflegenden Angehörigen ausgeweitet und ausgebaut. Auch das wichtig weil das die Angehörigen auch verdienen wenn sie sich um ihre pflegenden Familienmitglieder kümmern. Und es hat sich auch die ältere Generation ein ordentliches System verdient. Die Bio-Wende wurde fortgeführt. Ja, unsere Kinder verdienen gesundes Essen, sowohl in den Kindegärten als auch in den Volksschulen. Mit Ende dieses Jahres wird 50 Prozent Bio-Essen auf den Tellern sein und mit Ende, zwei



Jahre darauf, werden es 100 Prozent sein. Also diese politische Agenda die ist uns ganz wesentlich und wichtig, die werden wir konsequent abarbeiten.

Natürlich war dieses Jahr stark vom Krisenmanagement der Corona-Pandemie geschuldet. Natürlich gab es da viel zu tun für uns. Aber ich glaube, die aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes die war notwendig.

Stichwort Handwerkerbonus - 55 Millionen Euro an Gesamtvolumen wurden hier ausgelöst, davon profitieren regionale Unternehmungen aus dem Burgenland und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Stichwort Bonusticket im Tourismus - eine Erfolgsgeschichte die von vielen Ländern auch schon angeschaut wurde und sie kopieren wollen. Aber auch viele Beteiligungen bei Unternehmungen waren wichtig. Unternehmungen die aufgrund der Corona-Pandemie ins Wanken gekommen sind aufzufangen, sie nicht in Konkurs gehen zu lassen sondern aufzufangen, die Beschäftigten abzusichern und vieles mehr.

Auch die Wirtschaftsförderungen, 25 Millionen Euro, ausschließlich COVID geschuldet, sind wesentlich und wichtig und haben dazu beigetragen das es grundsätzlich völlig in Ordnung war.

Das Ergebnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, das lässt sich sehen. Wir sind besser durch die Krise gekommen als alle anderen Bundesländer in Österreich. Das Burgenland ist die Nummer Eins in der Krisenbewältigung in Österreich. Das sagt nicht Robert Hergovich, das sagt die Statistik Austria, das sagen die Arbeitsmarktdaten vom AMS Österreich.

Ich möchte hier beispielsweise nennen, das Burgenland ist gemeinsam mit Niederösterreich jenes Bundesland mit dem niedrigsten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ja, 18 Prozentpunkte Anstieg an Arbeitslosigkeit ist viel, aber der österreichische Durchschnitt liegt bei 32 Prozent. Und dann gibt es Länder wie Tirol die im Wesentlichen nicht viel richtig machen, die haben einen Anstieg von 132 Prozent zu verzeichnen.

Also da sieht man, dass die Maßnahmen der Landesregierung hier absolut notwendig und wichtig waren. Aber es gibt einen Benchmark auf den können wir gemeinsam besonders stolz sein, wir sind das einzige Bundesland, meine sehr geehrten Damen und Herren, das einzige Bundesland in Österreich die keine Arbeitsplätze verloren haben sondern sogar ein leichtes, ich gebe zu ein leichtes Plus an Arbeitsplätzen verzeichnen und das in dieser schwierigen Zeit der Pandemie.

Also es zeigt, diese aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik war erfolgreich. Wir sind besser durch die Krise gekommen als alle anderen.

Auch der Burgenländische Landtag hat intensiv gearbeitet. Wir haben 115 Gesetze beschlossen. 115 Gesetze davon drei Gesetze, die die Sozialdemokratie alleine beschlossen hat, alle anderen mit einer, zwei oder drei Oppositionsparteien. Dafür möchte ich mich auch bedanken weil es unterm Strich doch zeigt, wenn es notwendig ist dann halten wir zusammen, dann bemühen wir uns gerade in diesen schwierigen Zeiten der Pandemie. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nun zum Raumplanungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unser Ziel ist ganz klar, wir wollen leistbare Baugründe für Jungfamilien schaffen. Das zweite Ziel ist, wir wollen die erneuerbare Energie mit der Photovoltaik, mit Photovoltaikanlagen weiter ausbauen, unsere Position weiter als Nummer Eins Region in Europa der erneuerbaren Energie ausbauen.

Davon werden wir uns sicher nicht von der ÖVP abbringen lassen, ganz im Gegenteil. Ich darf deswegen einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf mich auf die Beschlussformel beschränken:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu leistbaren Baupreisen im Burgenland.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die geplanten Maßnahmen für ein leistbares Leben im Burgenland in der Raumplanung und in der Wohnbauförderung umzusetzen und weitere Initiativen diesbezüglich zu forcieren.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – Der Abgeordnete übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Klubobmann. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Thomas Schmid, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 22 - 396 welcher abgeändert wird, und so weiter, ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig herausbitten, in Vorbereitung der Abgeordnete Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

**MMag. Alexander Petschnig:** Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Mitglieder des Hohen Hauses! Lieber Robert Hergovich, geschätzter Herr Klubobmann! Ich bin mir nicht sicher, ob Du das richtige Manuskript vorgelesen hast, kommt mir eher vor wie das von vorgestern oder vor drei Tagen von der Pressekonferenz.

Du hast leider nur zwei Sätze zum Raumplanungsgesetz verloren und den Rest eigentlich über alles Mögliche. Auf der einen Seite verständlich auf der anderen Seite halt ein bisschen das Thema verfehlt.

In etwas Anderem hast Du aber natürlich recht gehabt, heute am Vormittag, wie Du gesagt hast, das Bild das wir in den letzten Tagen, oder das diverse Gremien, Landtag, Landesregierung auch die Bundesregierung in den letzten Tagen abgeliefert haben, das war alles andere als optimal.

Eigentlich zum Kopfschütteln, eigentlich zum Schämen, kann ich nur unterstreichen. Und ich glaube das ist schon wichtig, das man ein bisschen in die Chronologie eingeht, wie es denn zu all dem gekommen ist. Denn Ihr werdet sehen, dass wir am Ende des Tages genau bei diesem Gesetz und bei genau diesem Dringlichkeitsantrag enden werden.

Wenn ich das kurz rekapitulieren darf. Erster Akt - die SPÖ Alleinregierung will auf Biegen und Brechen ein neues Raumplanungsgesetz durchpeitschen, beziehungsweise hat das im Budgetlandtag ja getan. Wir haben heute schon gehört, dass dieses Gesetz unter dem schweren Verdacht steht mehrfach Verfassungswidrig zu sein, dass es mit grundlegenden Elementen unseres Rechtsverständnisses nicht im Einklang steht.

Das zeigen ja auch die entsprechenden Stellungnahmen, die der Klubobmann Tschürtz erwähnt hat. Ich sage es wirklich ein bisschen provokant, das könnte zum Teil aus der Feder von Erich Honecker stammen. Ich werde später auch noch darauf zurückkommen warum.

Es ist für mich ehrlich gesagt, wirklich fragwürdig, und da tut mir der Heinrich Dorner leid, der ja sozusagen salopp gesagt, die Watschen abfängt für (*Abg. Johann Tschürtz: Der hält das aus.*) ein Gesetz das er, ja so gehe ich davon aus, selbst nicht auf seinem Mist gewachsen ist.

Ich verstehe es wirklich nicht, es ist wirklich fragwürdig, warum vernünftige, intelligente, persönlich äußerst liebenswürdige Personen, wie die vier hier auf der Regierungsbank, sich für so etwas hergeben und so eine Regierungsvorlage überhaupt einlaufen lassen. Wo wir wissen, dass der eigentliche Mastermind, der in der Mitte, heute nicht hier sitzt und das ist ein großes Problem aber das werden wir natürlich auf die eine oder andere Art lösen müssen.

Zweiter Akt - die Bundesregierung, und wir alle haben uns ein Bild seit etlichen Monaten darüber machen können, legt in einem einzelnen Punkt ein Veto ein. Wir haben schon gehört, da geht es um irgendeinen Höchstbelastungssatz für Photovoltaikanlagen. Das zieht eine Ministerin Gewessler so mir nichts dir nichts einfach wieder zurück.

Angeblich hat es Verhandlungen gegeben, der Koalitionspartner weiß nichts von Abgaben, da weiß lustigerweise der Finanzminister nicht einmal etwas. Das ist überhaupt originell wie man so an diese Sache herangeht.

Die Ministerin Gewessler, im Übrigen, ist diejenige, die dieses Gespräch zum Beispiel nicht genutzt hat, das wegreißen der Bahngleise im Bezirk Oberwart aus dem Du ja kommst, geschätzter Kollege Spitzmüller, vielleicht zu verhindern. Das man sagt, in Ordnung, wir kommen euch entgegen, wenn ihr zum Beispiel von diesem Schritt abstand nehmt, den ja auch Du kritisiert hast, davon ist überhaupt nichts zu sehen.

Man wird sehen, wie das im Ministerrat ausgeht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das mehrheitsfähig ist. Was ist diese Einigung dann wert? Heißt das dann „Zurück an den Start“ oder nur für dieses eine, für diesen einen Aspekt „Zurück an den Staat“? Oder wird es da wieder so einen, wir alle haben ja dieses Bild vorm Kopf, dieser Code-Down, den glaube ich, die GRÜNE Klubobfrau vom ÖVP-Pendant Wöginger macht, geistert immer in den sozialen Medien herum.

Ich nehme an, dass es wieder zu so etwas kommen wird und dann landet das wieder beim Heinrich Dorner auf dem Tisch und der muss die ganze Runde wieder machen. Also ich glaube, das hätte man schon wesentlich, wesentlich professioneller machen können. Was das Ganze natürlich für unsere Regierung beutet, in Wien jetzt gemeint, das wird man sowieso sehen.

Dritter Akt: Es wird von der ÖVP - aus meiner Sicht völlig richtigerweise - eine Sondersitzung einberufen, um ein Landesgesetz, nämlich das Raumplanungsgesetz hier im Landtag, wo ja die Beschlussfassung stattfinden muss, zu debattieren. Ich habe heute in der Früh schon gesagt: Aus meiner Sicht ein schweres Foul, das genau an dem Tag hier aufzurufen, an dem der Untersuchungsausschuss tagt. Das ist für mich nicht in Ordnung.

Wir haben ja vorher gesagt, geschätzte Frau Präsidentin, es ist richtig, es gibt ein Gentlemen-Agreement in der Präsidiale, die halbe Mannschaft. Das ist schon richtig, aber das ist ja nur eine Zahl. Das schließt ja nicht aus, welche Personen, ad Personen hier sitzen sollen. Du konntest hier nicht sitzen, weil Du im U-Ausschuss den Vorsitz führen musstest.

Ich konnte nicht hier sitzen. Ich habe mich, ehrlich gesagt, genötigt gefühlt hier, wäre diese Sitzung gestern abgehalten worden, wir hätten nicht, ich hätte nicht

teilnehmen können, Du hättest nicht teilnehmen können und viele andere vielleicht auch nicht.

Und das, glaube ich, ist nicht Gegenstand des Gentlemens-Agreement, sondern das ist einfach eine Unart und das hätte so nicht sein müssen. Im Übrigen könnte man das auch anders verstehen. Wir haben Missachtung gegenüber den Burgenländerinnen und Burgenländern, insbesondere gegenüber den Geschädigten der Commerzialbank. Dieser Untersuchungsausschuss ist ja nicht kostenlos. Das kostet ja einiges an Geld, an Steuergeld. Da hängen ja auch die Hoffnungen vieler Menschen daran, dass man vielleicht weiß, warum man eigentlich diese ganzen Scherereien auf sich nehmen musste, warum man diesen Vermögensschaden auf sich nehmen musste, warum man seinen Arbeitsplatz oder seinen Betrieb verloren hat oder was auch immer für ein Unbill über einen hereingebrochen ist.

Was sollen diese Menschen jetzt von dieser gleichzeitigen Terminisierung denken? Also ich glaube nicht, dass das ein allzu glückliches Bild abgibt. Oder sollte man das vielleicht in Zukunft anders machen. Und eines darf ich auch noch hinzufügen. Ob es der Zufall war oder nicht. Es war gestern der Alt-Landeshauptmann Hans Nießl als Auskunftsperson geladen. Ich muss Euch ganz ehrlich sagen. Der Hans Nießl, einige von uns waren ja dort, hat so eine Untergrundmethode als Flankenschutz überhaupt gar nicht notwendig. Denn ich finde, der hat das gestern sehr, sehr gut gemacht.

Er hat im Prinzip eine vernünftige Frage gestellt bekommen, die hat er sehr schnell beantwortet. Alles andere war ein Geplänkel und man hat auch gesehen an seiner Körpersprache, wenn man ihn ein bisschen kennt, dass er sich entsprechend sicher gefühlt hat. Ich war immer gegen eine Ladung, da habe ich nie einen Hehl daraus gemacht und das war gestern auch unter Beweis gestellt. Im Übrigen glaube ich nicht, dass es ein derartiges Gesetz unter Hans Nießl es überhaupt jemals gegeben hätte.

Und der vierte Akt ist dann dieser, wie soll man sagen - Gag vom Zweiten Landtagspräsidenten. Mir persönlich hat das dort im Kulturzentrum natürlich sehr gut gefallen. Ich habe das gestern als zivilen Widerstand gesehen, dass man eben diese, aus meiner Sicht überhaupt nicht akzeptable gleichzeitige Terminisierung, dem man das entgegensetzt. Natürlich, einem Abgeordneten Kollegen das Wort abzdrehen, ist nicht in Ordnung.

Ich glaube, gerade die ÖVP hätte sich da entsprechend auch echauffiert, wäre das umgekehrt gewesen. Also ich glaube, diese Kritik, geschätzter Herr Präsident, wirst Du auf Dich nehmen und wirst vielleicht auch noch das eine oder andere Wort dazu verlieren, dass man das auch vielleicht in Zukunft daraus lernen kann.

In diesem Sinne hoffe ich, dass das abgehandelt ist mit dieser Thematisierung und dass man hier entsprechend professioneller angehen kann. Da sind wir jetzt eben bei diesem Raumplanungsgesetz, um das herum sich das alles abgespielt hat. Es gibt da mehrere Gutachten, die relativ eindeutige Aussagen dazu treffen. Ich persönlich, das sage ich ganz offen, stört jetzt weniger das System. Die Abgaben bei den Schulden, die wir aufbauen oder diese Regierung aufbaut, ist eigentlich eh schon „wurscht“. Die paar Millionen, die da reinkommen, werden „das Kraut nicht mehr fett machen“.

Mich stört mehr die dahinterstehende Ideologie. Und zwar die Ideologie der Verstaatlichung. Ich habe vorher gesagt, das hätte genauso von Erich Honecker passieren können. Das erinnert mich, wenn ich jetzt einige Jahre oder gar Jahrzehnte zurückgehe, an meine Jugend. Mein Vater war Tiefbauingenieur. Hat mich einmal - Ende der 80er Jahre - in die DDR mitgenommen.

Habe dort mit Gleichaltrigen geredet. Die haben dort ein Unterrichtsfach gehabt, das hat geheißen „ML - Marxismus, Leninismus“. Und dort hat man etwas gelernt. Und zwar gibt es da eine Idee, die damals umgesetzt worden ist. Das ist ein sehr kompliziertes Akronym. Das heißt „STAMOKAP - staatsmonopolistischer Kapitalismus“. Das heißt, die einzelnen Personen, die Individuen, haben brave „Sozialistenmenschen“ zu sein.

Also das, was unser Landeshauptmann von den Burgenländerinnen und Burgenländern erwartet. Der Staat hat aber das Monopol, kapitalistisch sich zu betätigen. Und das ist genau das, was wir hier sehen. Da werden Anlagen, Photovoltaikanlagen, Windanlagen und was auch immer gefördert und dann wird das entsprechend noch besteuert. Also, die Förderung wird dann besteuert. Abgesehen davon, dass es die Frage ist, ob das überhaupt was bringt. Die Masse der Besteuerung wird vermutlich auf die Energie Burgenland zurückfallen.

Ob die das jetzt über Abgaben oder über Dividenden auszahlt, ist ehrlich gesagt „g'hupft wie g'hatscht“, aber gut. Dieses Thema, glaube ich, widerspricht grundsätzlich unserer Einstellung zu einem Rechtsstaat. Widerspricht grundsätzlich unserer Auffassung, wie ein Staat, wie ein Wirtschaftssystem zu funktionieren hat, und ist daher rundweg abzulehnen.

Es gibt entsprechend auch jede Menge Bedenken dagegen. Ich darf vielleicht aus einem dieser Gutachten ein paar Dinge rezitieren, damit man weiß, womit man es da zu tun hat. Da ist zum Beispiel der Punkt, der erste Punkt: „Die zwingende Verknüpfung von privatwirtschaftlichen Maßnahmen und hoheitlichen Maßnahmen ist vom System der Bundesverfassung nicht vorgesehen und daher verfassungswidrig.“

Das heißt, das ist zwar indirekt nach wie vor vorhanden, da wurde zwar nachgebessert, aber dieser generelle Bauzwang ist ja nach wie vor drinnen und daher ist dieser Punkt nach wie vor aufrecht zu erhalten.

Zweitens: „§ 24b Abs. 2 und Abs. 6 schaffen eine faktische Monopolstellung der Gemeinde, also wieder des öffentlichen Sektors, für die keine sachliche Rechtfertigung erkennbar ist. Dieser Eingriff in die Vertragsautonomie und in die Eigentumsfreiheit ist nicht verhältnismäßig, zumal ein öffentliches Interesse an der Bebauung der Grundstücke besteht, verfassungswidrig.“

Punkt drei: „Es kommt zu einer Ungleichbehandlung von Gemeindebürgern, also solche, die länger dort leben, solche, die kürzer dort leben und solche, die auch Nicht-Gemeindebürger sind, also sachliche Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung liegt nicht vor, verfassungswidrig.“

Punkt vier: „Die Kombination des Verbotes des Verkaufs an andere Personen einerseits und der Unmöglichkeit der Geltendmachung des Eigenbedarfs von Angehörigen, kurzer Bebauungsfrist ohne Verlängerungsmöglichkeiten und ohne Ausnahmebestimmungen andererseits, ist aus Sicht des Grundrechts auf Unversehrtheit des Eigentums unverhältnismäßig, verfassungswidrig.“

Punkt fünf: „Durch § 24b Abs. 6 und 8 wird erheblich in die Vertragsautonomie eingegriffen. Die rechtsgeschäftlichen Dispositionsmöglichkeiten von Eigentümer von Grundstücken werden durch die Verpflichtung des Verkaufes an die Gemeinde“ - das ist eben dieses monopolistische Element - „oder von der Gemeinde nominierte Interessen, Interessenten, sowie die Verpflichtung zum Verkauf zu einem leistbaren Kaufpreis“ - das ist ein Thema, zu dem wir auch noch kommen. Es ist die Frage, ist es leistbar und für wen? - „Ohne sachliche Rechtfertigung unverhältnismäßig eingeschränkt, verfassungswidrig.“

Punkt sechs: „Es kommt zu einem erheblichen Eingriff in die Gemeindeautonomie“ - die ist im BVG normiert wie man weiß -, „indem die Kompetenz zur Vornahme von Widmungsakten auf die Landesregierung übergehen soll, verfassungswidrig.“

Und Punkt sieben: „§ 24a Abs. 7 entspricht nicht den Anforderungen des Legalitätsprinzips und ist daher verfassungswidrig.“

Also, Sie sehen, hier ist ein ganzer Rattenschwanz an Problemen, vielleicht hätte man sie vorher überlegen sollen und vielleicht hätte man es anders formulieren sollen. Dass das Gesetz dann natürlich anders ausgeschaut hätte, versteht sich, glaube ich, von selbst.

Dann das mit diesem Traum von den leistbaren Preisen. Das ist schwierig zu sagen, weil leistbar bedeutet für jeden etwas anderes. Dafür gibt es eben in einem entwickelten, europäischen Staat des Jahres 2021 keine Zentralverwaltungswirtschaft, wo irgendeine Planbehörde irgendeinen Preis vorlegt, sondern dafür gibt es die Idee, die Institution des Marktes. Wenn man das anders macht, dann hat man eben, ein paar Häuser weiter, einen Untersuchungsausschuss, ja, das lebendige Beispiel, was das bedeutet.

Diese leistbaren Preise, das ist zum Beispiel genau das, gestern war die Bürgermeisterin dort, sie hat das sehr charmant argumentiert, aber, das ist genau das Problem, das die Gemeinde Hirm, über die haben wir ja gestern gesprochen, finanziell ruiniert hat. Die haben auch nur - unter Anführungszeichen -, „nur“ leistbare Preise haben wollen. Man muss aber wissen, leistbar muss irgendjemand zahlen. Bei der Bank ist das eindeutig. Da waren halt die Sparer diejenigen, die zum Handkuss gekommen sind.

Hier sind es halt die Steuerzahler oder der Bund, oder wer auch immer. Das fällt ja nicht vom Himmel oder wächst auf den Bäumen, sondern das muss ja natürlich erwirtschaftet werden. Und der entlarvende Kommentar der Bürgermeisterin Posch-Gruska gestern: „Ich habe gedacht, eine Bank hat immer ein Geld.“ Also, ich glaube, das sagt eh relativ viel über die dahinterstehende Ideologie aus.

Es ist für mich fragwürdig, warum man im Burgenland im Jahr 2021 diesen Niedergang des Arbeiter- und Bauernstaates, von den 1980er Jahren noch einmal durchleben muss. Also dieses Zitat von Honecker „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“ oder wie das heißt. Das mag schon sein, dass das vielleicht aus der Feder des Landeshauptmannes kommen würde, aber das kann doch bitte nicht die Regierungspolitik eines österreichischen Bundeslandes im Jahre 2021 sein!

Man drückt sich vor direktdemokratischen Elementen. Wir haben das letzte Mal als FPÖ einen Antrag eingebracht auf eine Volksbefragung. Die ist irgendwie bis nach der Beschlussfassung zurückverschoben worden. Wohl wissend, dass es nach einer Beschlussfassung natürlich keine Volksbefragung mehr geben kann, um langfristige Streitigkeiten vielleicht a priori schon hintanzuhalten. Das wurde nicht gemacht und daher, und das wurde auch schon angekündigt von Markus Ulram, man nötigt die Opposition und dafür stehen wir auch bereit.

Das haben wir gesagt, das Instrument der abstrakten Normenkontrolle, man spricht vulgo von einer Verfassungsklage, ohne ein konkretes, einen konkreten Anlass heute zu haben, dieses Instrument zu bemühen, den Weg zum Verfassungsgerichtshof zu beschreiten, um den Beweis für die Untragbarkeit dieses Machwerks anzutreten, und um den Burgenländerinnen und Burgenländern die entsprechenden Belastungen und entsprechenden Ärgernisse zu ersparen.

Man hätte das anders machen können. Aber wir werden das über den Verfassungsgerichtshof auch durchsetzen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Danke Herr Abgeordneter. Nachdem Sie mich angesprochen haben nur noch einmal zur Erklärung. Es war in der Präsidialkonferenz ausgemacht, dass ich später mit dem Untersuchungsausschuss beginne. Das habe ich dann auch getan. Um 9.20 Uhr, damit hätten alle Mitglieder natürlich dort dabei sein können bei der Befragung von Herrn Alt-Landeshauptmann. *(Abg. Markus Ulram: Das war nicht ausgemacht!)*

Das war ausgemacht, dass ich später beginne. Das habe ich dann auch gemacht. *(Abg. Markus Ulram: Das war eine Mitteilung!)* Nämlich um 9.20 Uhr. Und damit wäre das alles möglich gewesen, auch eine Teilnahme. Das hat man ja auch gesehen. Es hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Steiner gemeldet. Bisher ist das die letzte Wortmeldung. Außer natürlich von der Regierungsbank. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP):** Danke schön Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon kurios, wie schwer sich eine absolute rote Mehrheit hier im Hohen Haus, eine rote Alleinregierung tut, Gesetze zu beschließen. Man würde ja meinen, wenn man eine absolute Mehrheit hat, ist das ja kein Problem. Das Burgenland zeigt das Gegenteil.

Das Jagdgesetz ist schon angesprochen worden, das jetzt auf Druck der Bevölkerung wieder verändert werden muss. Trotzdem wird es eine Volksabstimmung geben, und ich hoffe, dass recht viele Menschen, möglichst viele Menschen hingehen und mit der Abstimmung ein klares Zeichen dafür geben, dass dieses Gesetz der SPÖ ein Totalversagen ist und gewesen ist.

Ein zweites, vielleicht noch augenscheinlicheres Beispiel, ja, das ist das Raumplanungsgesetz, das heute zur Diskussion steht. Das ist ein Gesetz, das es in der Geschichte Österreichs so sicherlich noch nicht gegeben hat. Ich glaube sogar, dass es irgendwann einmal in der Rechtsgeschichte eingehen wird unter dem Titel „das schlechteste Gesetz aller Zeiten“. Weil, wenn man sich dieses Gesetz anschaut, da stellen sich ja einem die Nackenhaare auf.

Der Kollege Petschnig hat es auch zitiert aus diversen Untersuchungen von Verfassungsrechtlern. Ich habe das anders gemacht. Ich habe einem Freund meines Sohnes, der jetzt das dritte Semester Jus hinter sich gebracht hat, dieses Gesetz gegeben. Ich habe gesagt: „Schau Dir das einmal an. Was sagst Du dazu?“ *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Ist der beim Kurz im Büro?)*

Der hat mir innerhalb einer Stunde alle Verfassungswidrigkeiten, die gerade aufgezählt worden sind, mitgeteilt und hat gemeint: „Es wäre cool, so ein Gesetz zu einer Prüfung zu bekommen, denn da würde jeder durchkommen.“

Meine Damen und Herren, es ist wirklich eine unglaubliche Vielzahl von Verfassungswidrigkeiten. Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, trägt in Wahrheit mehr Giftzähne als jede Giftschlange dieser Welt. Und diese Giftzähne, das sind Verfassungswidrigkeiten, Verletzungen von Grundrechten.

Ich möchte das schon in Erinnerung bringen, ein Grundrecht, ein Verfassungsrecht, das ist nicht irgendetwas im österreichischen Rechtssystem, sondern das sind Rechte, die Einzelpersonen vor Eingriffen des Staates schützen. Das sollten wir uns, glaube ich, immer auch vor Augen halten, weil das ist sozusagen die Grundlage unseres Zusammenlebens. Und eigentlich wäre es die Aufgabe eines jeden einzelnen

Abgeordneten, solche Gesetze ganz einfach nicht zu beschließen im Wissen, dass es hier derartig viele Verfassungsbrüche gibt.

Wenn Sie, und davon gehe ich aus, als SPÖ-Abgeordnete das beschließen, dann machen Sie das nicht fahrlässig, oder nicht, weil Sie es nicht wissen, sondern Sie machen das vorsätzlich. Und das ist, meine Damen und Herren, ganz sicherlich nicht in Ordnung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man sich dieses Gesetz anschaut, dann sieht man eine unglaubliche Vielzahl von Verfassungswidrigkeiten. Das ist vorhin auch schon kurz angesprochen worden.

1. Das Recht auf Gleichheit aller Staatsbürger wird gebrochen.
2. Das Recht auf Freizügigkeit der Person wird gebrochen.
3. Das Recht auf die Unverletzlichkeit des Eigentums wird gebrochen.
4. Das Recht auf die Erwerbsfreiheit wird gebrochen.
5. Das Recht auf die Freiheit des Liegenschaftsverkehrs wird gebrochen.
6. Das Recht auf die Niederlassungsfreiheit wird gebrochen und
7. Das Recht der Gemeindeautonomie wird gebrochen.

Sieben Verfassungswidrigkeiten, die sich wiederholt in diesem Gesetz finden, also, es sind nicht in Wahrheit sieben, sondern noch mehr. Das ist schon etwas Besonderes.

Ich meine, ich bin schon ein bisschen verwundert oder es hat mich amüsiert, dass der Kollege Petschnig einen Vergleich mit der DDR hergestellt hat, weil ich habe das auch so in meiner Gedankenwelt gehabt. Ich habe mir gedacht, eigentlich wiederholt sich die Geschichte immer wieder. Aber ich möchte gar nichts dazu sagen, weil der Kollege Petschnig hat es ja auf den Punkt gebracht.

Aber vielleicht ein kleiner Tipp, der Ihnen in Ihrem Verstaatlichungswahn vielleicht zugutekommt, Sie könnten ja die Energie Burgenland in „Energiekombinat Burgenland“ umtaufen. Das würde es dann besser treffen dann nach diesem Gesetz. Und Sie hätten wieder einen Schritt mehr der Verstaatlichung, nach Beispielen, die wir eigentlich gar nicht mehr wollten, umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dieses Gesetz beschließen, dann wird das nicht das Ende der Diskussion sein, sondern es wird eigentlich erst der Anfang der Diskussion sein. Am Ende wird der Verfassungsgerichtshof entscheiden und wird nach menschlichem Ermessen, all diese angesprochenen Giftzähne auch ziehen. Und es wird wieder eine peinliche Niederlage der SPÖ sein. Es wird wieder eines zeigen, nämlich die Unfähigkeit einer absoluten SPÖ-Mehrheit, ordentliche Gesetze zu beschließen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Ich darf nunmehr dem zuständigen Regierungsmitglied, dem Herrn Landesrat Mag. Dorner das Wort von der Regierungsbank geben.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner (SPÖ):** Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte RegierungskollegInnen! Geschätzte Abgeordnete! Geschätzte Damen und Herren! Der Einspruch, von dem heute gesprochen wurde, bezieht sich auf die Windkraft- und Photovoltaikabgabe und auf diese möchte ich nachher noch eingehen.

Aber nachdem ja auch über das gesamtheitliche Raumplanungsgesetz in der Diskussion gesprochen wurde, möchte ich schon auch zwei wesentliche Punkte



einbringen. Ich glaube, der Kollege Tschürtz hat es gesagt, dass wir im Burgenland mit der Situation konfrontiert sind, dass wir 38 Prozent Baulandreserven haben und der Österreichdurchschnitt bei 23 Prozent liegt und wir auch damit konfrontiert sind, dass wir speziell im Nordburgenland mit exorbitanten Grundstückspreisen konfrontiert sind, wo sich niemand mehr, zumindest niemand, den ich kenne, mehr ein Grundstück leisten kann.

Wenn ich so agieren würde wie Sie jetzt die letzten Minuten, dann bedeutet das für mich nur eines, blockieren, wo es nur geht, nichts tun und die Herausforderung nicht annehmen.

Wir nehmen diese Herausforderung an und tun etwas dagegen. Mich würde interessieren, wenn Sie zu der Bevölkerung rausgehen und ihnen diese Paragraphen vorlesen, das bringt den Menschen gar nichts. Wir wollen leistbare Baugrundstücke und wir wollen mobilisierte Baulandgrundstücke. Und das ist mein Ziel. Und das haben wir im Gesetz verankert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zu dem speziellen Thema, um das es aus meiner Sicht eigentlich geht: Windkraft- und Photovoltaikausbau.

Wir sind im Burgenland, und ich denke, da sind wir uns alle einig, Vorreiter im Bereich des Windkraftausbaus. Wir sind über die Grenzen hinweg bekannt und sind auch dafür bekannt, dass wir im Raumplanungsgesetz über die Eignungszone diese Ziele erreicht haben. Und genau so wollen wir es auch im Photovoltaikbereich haben.

Wir haben uns das im Regierungsprogramm verankert und haben eine Photovoltaikoffensive uns als Ziel gesetzt. Und um dieses Ziel zu erreichen, auch im Bereich Photovoltaikausbau Musterland und Vorzeigeland zu werden, bedarf es einer Anpassung auch im Raumplanungsgesetz. Und diese Anpassungen haben wir im letzten Jahr in der Novellierung eingearbeitet. Das nicht von heute auf morgen, sondern wir haben uns sehr viel Zeit genommen, diese Ideen und diese Maßnahmen auch zu entwickeln.

Dann gab es einen Gesetzesentwurf, dann gab es eine Begutachtungsphase, es gab Parteienverhandlungen, es gab Verhandlungen auch im Raumplanungsbeirat, überall dort konnte man sich einbringen. Wir haben die Stellungnahmen aufgenommen. Wir haben die Stellungnahmen wahrgenommen und dementsprechend auch adaptiert im Gesetz. Beispielsweise darf ich erinnern, dass wir von der Landesgesellschaft abgesehen haben.

Wir haben uns fokussiert auf den schon sehr erfolgreichen Weg der Eignungszonen und haben einen wesentlichen Punkt mitdefiniert und zwar die Doppel- und Mehrfachnutzungskonzepte. Die Abgabe wurde jetzt auf rechtliche Beine gestellt. Weil, jeder von Ihnen wird vermutlich wissen, dass es im Windkraftbereich zu Zahlungen kommt, die auf privaten zivilrechtlichen Vereinbarungen zwischen den Betreibern und den Gemeinden abgemacht werden. Das ist ein Graubereich.

Wir wollten, und das war ja der Einspruch, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist doch kein Graubereich, Herr Landesrat, auf privatrechtlicher... - Abg. Markus Ulram: Sie werfen 30 bis 40 Gemeinden vor, dass sie bis jetzt nicht richtig gehandelt haben!)* das war ja der Einspruch des Bundes, das war im Übrigen der Einspruch des Bundes, dass diese Verordnung, wir wollten den Weg der Verordnung wählen, was die Abgabenhöhe betrifft, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt.

Diese haben wir jetzt mit dem Maximalbetrag eingeführt. Das waren sehr konstruktive Gespräche mit den Ministerien, die zuständig sind für den erneuerbaren

Ausbau. Weil, wenn wir das nicht gemacht hätten, würden wir Folgendes erreichen, wir würden den erneuerbaren Ausbau blockieren.

Nachdem ich Ihnen ja gerade erzählt habe, dass wir dieses Ziel erreichen wollen, hier Musterland zu werden, haben wir diese Vereinbarung getroffen, hier die Maximalbeiträge definiert, 3.000 Euro pro Megawatt, 700 Euro pro Hektar. Das ist branchenweit ein „in etwa“ Schnitt. Weil es geht ja auch darum, hier eine Transparenz und eine klare Linie zu erkennen. Die Werte, die jetzt bezahlt werden, differenzieren von minimal bis maximal. Aus meiner Sicht nicht fair.

Und wenn man es auch so betrachtet, Gemeinde- und Landesabgabe, viele Gemeinden sind auch nicht gesegnet von Wind und können keine Windräder aufstellen. Wir werden aber diese Beiträge, die wir einheben, genau, und das steht auch in den Erläuterungen, für den Klimaschutz aufwenden.

Also, aus meiner Sicht haben wir hier eine gute Grundlage geschaffen, um unsere Ziele zu erreichen. Vorreiter im Bereich der Photovoltaik, leistbare Baugrundstücke, mobilisierte Baugrundstücke, Transparenz bei der Photovoltaik- und Windkraftabgabe, und, ganz besonders wichtig, Schutz für die Gemeinden in diesem Bereich. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**†Präsidentin Verena Dunst**]: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung kommt vom Herrn Klubobmann Ulram. Bitte.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Wortmeldung des Herrn Landesrates kann man in der Summe ja so nicht stehen lassen. Zum einen darf ich erinnern, dass es keine Parteienverhandlungen gegeben hat. Im besten Fall war das ein Informationsgespräch, eine Präsentation und keine Verhandlung, wo man darüber spricht, ob das gut oder nicht gut ist. Oder ob man Veränderungen vornimmt oder ob man das anders formuliert oder wie auch immer.

Ich darf daran erinnern, dass ja eigentlich im ersten Entwurf, den Sie vorgelegt haben, die komplette, 100-prozentige Monopolisierung der Photovoltaik drinnen gestanden ist.

Dann sind Sie ja ein Stückchen zurückgerudert und haben eine Teilmonopolisierung daraus gemacht, weil nur die Eignungszone, die das Land festlegt unter dem Strich die Energie Burgenland dann, verwerten kann, weil ein anderer Betreiber nicht zum Zug kommen würde.

Die Verfassungswidrigkeit ist dementsprechend schon hinlänglich beleuchtet worden, in wie vielen Punkten das gesamte Gesetz verfassungswidrig ist. Und die Geschichte wird Sie einholen. Wenn dieses Gesetz wieder in den Landtag gehen muss und wieder zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss, weil es eben aufgehoben wird, im Bereich der gesamten Einführung der neuen Steuern. Der Baulandsteuer, der Photovoltaiksteuer und der Windradsteuer.

Wenn Sie gerade gesagt haben, und genau das ist der Punkt, und Sie haben das richtig zitiert, bei der Photovoltaik liegt derzeit der Durchschnitt der Entschädigungsleistung möglicherweise bei den 700 Euro, die Sie da hinschreiben. Genau das ist der Punkt. Es hätten ja eigentlich die betroffenen Gemeinden bekommen. Und jetzt kriegen sie nur mehr 50 Prozent davon. Das ist der Punkt, den ich auch vorher gemeint habe, Sie greifen den Gemeinden in die Tasche.

In Bezug auf das Bauland, das Sie vorher erwähnt haben. Der Herr Alt-Landeshauptmann Nießl war bekannt dafür, dass er viele Dinge im Bereich der Raumplanung nicht zugelassen hat.

Wenn eine Gemeinde gekommen ist und gesagt hat, ja, wir haben jetzt eine Möglichkeit, ein paar Äcker zusammenzukaufen und das täten wir gerne, wir als Gemeinde, wir als Gemeinde, aufschließen, parzellieren. Wir können dieses auch vorfinanzieren. Und einen Bauplatz nach dem anderen werden wir per Gemeinderatsbeschluss vergeben und so auch leistbares Wohnen für unsere eigenen Gemeindebürger schaffen.

Wissen Sie, was damals gesagt worden ist im Raumplanungsbeirat? Das geht nicht. Das Landesentwicklungsprogramm 2011 sieht das nicht vor. Sie haben zu viel Baulandreserven. Das können wir nicht machen. Das war die Argumentation dazu.

Wenn Sie wollen, hat er gesagt, können Sie ja eine Rückwidmung machen. Selbst wenn das auch gesetzlich nicht sicher ist, dass das jemals auch halten wird, wenn man durch eine Rückwidmung von Bauland de facto eine Enteignung macht.

Ich habe damals schon, und das kann man auch gerne nachlesen in den Landtagsprotokollen, als Wohnbausprecher immer gesagt, warum geht das Land Burgenland nicht her und gibt den Gemeinden ein Werkzeug in die Hand, wo sie selbst entscheiden können über die weitere Entwicklung und auch hintanhalten können, dass Private das Horten von Bauland, das Spekulieren von Bauland, nämlich dass ich hergehe und ausschließlich die Gemeinde neues Bauland schaffen darf und kann, dass ich das Bestehende weiter ja nicht eingreifen kann, ich kann ja niemanden enteignen.

Ich kann ja niemandem vorgeben, dass Sie gerne wollen, dass er zum halben Preis verkaufen soll oder dafür eine Steuer zahlen soll, sondern dass ich als Gemeinde das Instrument bekomme, dass ich, wenn ich es finanzieren kann, Bauland ankaufe, Äcker ankaufe, widme, parzelliere und einen Bauplatz nach dem anderen per Gemeinderatsbeschluss verkaufe.

Warum schaffen Sie diese Möglichkeit nicht in den Gemeinden? Warum gehen Sie hier den Weg der Besteuerung? Es wird kein einziges Baugrundstück billiger werden, sondern teurer.

Ich glaube, wenn ich vorher angesprochen habe die Stadtgemeinde Neusiedl am See. Natürlich gibt es horrend hohe Preise, die bezahlt werden müssen und für viele nicht leistbar sind. Aber durch Ihre Vorgehensweise wird das nicht leistbarer, sondern Sie füllen ja nur eigentlich die Landeskassen, die derzeit leer sind.

Es wird kein Einziger hergehen und dort Grundstücke verkaufen und sagen, ja, wenn das Land das so vorgibt, nehmen wir nicht 300 Euro, sondern 100 Euro oder 80 Euro und verkaufen das. Das wird nicht passieren.

Sondern geben Sie doch auch der Stadtgemeinde Neusiedl am See und allen anderen burgenländischen Gemeinden die Möglichkeit, dass sie hergehen und Ackerland kaufen, parzellieren selbst und vergeben einen Bauplatz nach dem anderen, nicht gewinnorientiert, sondern zum Selbstkostenpreis. So schafft man Bauland in einer Gemeinde, das sich jeder leisten kann.

Wenn Sie auf die Bürgermeister hören würden, die würden Ihnen sagen, wie das funktioniert. *(Beifall bei der ÖVP)*

**†Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist komme ich damit zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich und Ing. Thomas Schmid eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen, und ersuche daher jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich und Ing. Thomas Schmid, Kolleginnen und Kollegen, ist somit mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Tag, Stunde, Tagesordnung der nächsten Sitzung werden natürlich rechtzeitig bekannt gegeben. Ich möchte nur bemerken, dass die geplante nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 4. März 2021, vorgesehen ist.

Eine Bitte an die beiden stellvertretenden Präsidenten und die Klubobleute, Vertretung nehme ich an, auch Sie mit dabei, dass wir gleich jetzt anschließend am Ende der Tagesordnung des Dringlichkeitsantrages beziehungsweise der Sondersitzung, dass wir hier gleich im Landtagssitzungssaal diese Präsidialkonferenz abhalten.

Ich darf damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n** erklären.

**Schluss der Sitzung: 13 Uhr 59 Minuten**